Inhaltsverzeichnis

AP Arbeitsprogramm

AP-1	Jusos Bayern Landesvorstand	Arbeitsprogramm Jusos Bayern 2020/2021 #junginbayern	2

F Feminismus und Gleichstellung

F-1	Jusos Bayern Landesvorstand	Gendern in der Schule – ist das erlaubt?	12

I Internationales und Frieden

I-1	Jusos Oberbayern	Demokratie und Freiheit für Belarus!	15
I-2		Gegen Covid und vor der nächsten Pandemie: Impfstoffsicherheit global garantieren!	18

L (kein Titel)

L-1	Landesvorstand Jusos Bayern	Leitantrag #junginbayern	23

M Migration und Integration

M-1	Jusos Unterfranken	Die Förderung für Migrant*innenorganisationen Neue Deutsche Organisationen überdenken und verbessern!	33

N Netzpolitik und Digitales

N-1	Jusos Oberbayern	Big Tech zerschlagen	36

U Umwelt, Agrar und Verbraucherschutz

U-3	Jusos Bayern Landesvorstand	Gerechte Landwirtschaft. Sozial und ökologisch	43

W Wirtschafts- und Finanzpolitik

W-4	Jusos Schwaben	Glücksspielsimulierende Handyspiele für Kinder und Jugendliche beschränken	50

INI Initiativanträge

INI-1 Jusos Oberbayern Jusos in die Parlamente – was das für uns bedeutet 52

AP Arbeitsprogramm

AP Arbeitsprogramm

AP-1	Jusos Bayern Landesvorstand	Arbeitsprogramm Jusos Bayern 2020/2021 #junginbayern	2

AP-1

Titel	Arbeitsprogramm Jusos Bayern 2020/2021 #junginbayern
Antragsteller*innen	Jusos Bayern Landesvorstand
Adressat*innen	

Arbeitsprogramm Jusos Bayern 2020/2021 #junginbayern

Die Jusos Bayern sind feministisch, internationalistisch und sozialistisch. Wir sind antifaschistisch und kämpfen gemeinsam für eine Welt, in der alle frei und gleich sind. Wir kämpfen gemeinsam für den demokratischen Sozialismus.

Wir sind ein eigenständiger Richtungsverband innerhalb der SPD. Wir sind uns unserer

Verantwortung für diese Partei bewusst, die sich stetig vergrößert und verändert. Wir wollen auch weiterhin kritisch-solidarisch an der Seite der Mutterpartei für den Demokratischen Sozialismus kämpfen. Mit der verlorenen Bundestagswahl 2017 und Landtagswahl 2018 haben wir uns selbst den Auftrag gegeben, permanent die inhaltliche, personelle und strukturelle Erneuerung der SPD voran zu bringen. Dieser Auftrag kann noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Zwar konnten die Jusos mit der Wahl des linken Parteivorsitzenden Duos Esken und Nowabo einen Punkt im Richtungsstreit gewinnen, jedoch konnten wir in der Diskussion um die Revisionsklausel der Großen Koalition keinen Punkt machen. Dies ist jedoch keine Niederlage aus der wir enttäuscht hervorgehen. Im Gegenteil: wir nehmen die Verantwortung an, auch weiterhin intensiv inhaltliche Diskurse der SPD zu prägen und mit den Jusos die bereits in SPD-Gremien gewählt wurden an der strukturellen Ausrichtung und der Kampagnenfähigkeit zu arbeiten. Bei der kommenden Bundestagswahl erheben wir den Anspruch, Teil der personellen Neuausrichtung zu sein. Diese personelle und inhaltliche Neuausrichtung wird aber nicht nur Teil der Zeit bis zur Bundestagswahl diesen September sein. Weiter wollen wir auch die Perspektive der bayerischen Sozialdemokratie prägen. Wir freuen uns, dass mit Ronja Endres und Florian von Brunn es eine neue Spitze der BayernSPD gibt, die viel Unterstützung aus unterschiedlichen Teilen unseres Verbands, aber auch der Partei erhalten hat. Jetzt ist es an ihnen und dem neuen Team, die Zeit bis zur Landtagswahl 2023 zu gestalten. Wir werden dies ebenso kritisch-solidarisch wie auf Bundesebene begleiten.

Wir wollen auch im kommenden Jahr mit politischer, innerverbandlicher Bildung, mit Kampagnen nach innen und außen, Zusammenarbeit mit inner- und außerparteilichen Partner*innen und vielen anderen Projekten die treibende Kraft für den demokratischen Sozialismus innerhalb Bayerns sein. Wir wollen die Zeit bis zum nächsten Landtagswahlkampf nutzen, die innerverbandlichen Debatten voranzutreiben, aber auch einen Schritt zurück zu gehen und zu überlegen, wie unserer Meinung nach ein jungsozialistisches Leben in Bayern aussehen mag, ob auf dem Land oder in der Stadt. Im nächsten Vorstandsjahr haben wir einige Arbeit vor uns. Die vergangene Legislatur stellt uns vor neue Herausforderungen: durch die Pandemie Covid19 stand unsere Verbandsarbeit für einige Monate still. Wir mussten schnell Möglichkeiten finden, auf digitalem Weg in unsere Strukturen hinein zu wirken. Anders als die SPD konnten wir Jusos vielerorts auf bereits vorhandene Digitale Infrastruktur zurückgreifen und unsere Digitale

Vernetzung weiter voranbringen. Zumindest nach außen hin. Natürlich haben wir durch Onlineangebote weiterhin Präsenz und Inhalte vermitteln können, jedoch hat die Verschiebung unserer ordentlichen Landeskonferenz Zeit geraubt. Dennoch sind wir voller Tatendrang für das nächste Jahr.

Feminismus:

Wir Jusos sind ein feministischer Richtungsverband. Wir tragen diesen Begriff „Feminismus“ nicht nur vor uns her, sondern wir füllen ihn mit Leben und kämpfen für Gleichstellung auf dieser Welt.

Im Rahmen dessen ermöglichen wir auch dieses Jahr wieder den Raum, dass sich Frauen auf der Frauenkonferenz austauschen und vernetzen können. Dort heraus kommen jedes Jahr aufs neue junge, empowerte Frauen, die diesen Verband feministisch stärken und für ihre Rechte eintreten.

Unsere Themenwerkstatt Feminismus ist eine weitere tragende Säule unserer Arbeit für die feministische Schwerpunktsetzung. Dort wollen wir die innerverbandliche Debatten aufgreifen und weiterentwickeln. Sie gilt als Expert*innengremium, aber auch als Bildungsveranstaltung, um erst die Mitglieder und danach den ganzen Verband auf der Höhe des feministischen Diskurses zu halten. Im kommenden Jahr wollen wir den Schwerpunkt darauf setzen, unser feministisches Verständnis weiterzuentwickeln und uns damit auseinandersetzen, wie wir intersektioneller Diskriminierung im Verband begegnen wollen und wie es uns gelingt, Räume zum Austausch zu schaffen und gegebenenfalls umzugestalten, insbesondere auch sichere Räume für Women of Colour und ihre Perspektiven. Unser feministisches Verständnis basiert auf der Grundlage materieller Ungleichheit und der spezifischen Betroffenheit von Frauen im Patriarchat. Von der materiellen Ungleichheit sind aber nicht nur cis-Frauen betroffen. Dieses Bewusstsein und die daran anschließenden Debatten wollen wir in den Verband tragen.

Im Bildungsprogramm werden weiterhin Seminare mit Fokus auf feministische Themen angeboten.

In Zeiten von niedriger Frauenbeteiligung im Verband ist umso wichtiger, dass das FrauenRhetorik-Seminar weiter angeboten wird und gehört damit zum festen Bestandteil unserer Frauenförderung.

Themenwerkstätten und inhaltliche Arbeit

Eines unserer wichtigsten Werkzeuge um sprachfähig zu sein, sich tiefgehend mit komplexen Sachverhalten und Problemen unserer Gesellschaft zu befassen und Lösungswege zu finden, sind die Themenwerkstätten. In den sechs Themenwerkstätten zu den Bereichen Bildung, Feminismus, Inneres/Demokratie/Antifa, Internationales, Umwelt und Wirtschafts- und Sozialpolitik treffen sich Interessierte und Expert*innen aus ganz Bayern, um sich auszutauschen, weiterzubilden, Beschlusslagen zu analysieren und Anträge zu erarbeiten. Durch die Themenwerkstätten haben wir die Möglichkeit auf die gesamte Kompetenz unseres Verbandes zurückzugreifen und Themen aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten. Dies ermöglicht uns, neben der Antragsarbeit der Bezirke, gut erarbeitete Beschlussvorlagen und ein breites Wissen in vielen wichtigen politischen Themenfeldern.

Die Struktur mit drei Wochenenden für die Themenwerkstätten pro Jahr hat sich bewährt. Im kommenden Jahr wollen wir zur Vernetzung zwischen den Wochenenden verstärkt auf die gewonnenen Erkenntnisse in der digitalen Vernetzung zurückgreifen. Diese arbeitsintensiven Wochenenden bilden den Grundpfeiler für die politische Arbeit der Themenwerkstätten.

Folgende soll es im kommenden Jahr geben:

- Innenpolitik, Demokratie & Antifa
- Wirtschaft- & Soziales
- Umwelt & Energie
- Internationales & Europa
- Bildung
- Feminismus

Innenpolitik, Demokratie & Antifaschismus

Die Themenwerkstatt für Innenpolitik, Demokratie und Antifaschismus wird sich im kommenden

Jahr mit der Struktur und Arbeitsweise der bundesdeutschen und bayerischen

Sicherheitsbehörden beschäftigen. Bereits in vollem Gange befindet sich die Diskussion über

Alternativen zum Bundesamt für Verfassungsschutz. Dazu wollen wir an die bereits richtige Beschlusslage des Juso-Bundesverbands anknüpfen und neue Beschlusslagen schaffen. Dabei arbeiten wir theoretisch zum Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit, beleuchten aber auch die praktische Umsetzung sicherheitspolitischer Gesetzgebung und deren Auswirkungen auf unser alltägliches Leben.

Ein weiteres Themenfeld, das es in unseren Fokus geschafft hat, ist der Bereich Datenschutz.

Bereits im vergangenen Jahr haben wir dazu gearbeitet, doch die öffentliche Debatte um eine

„Corona-App“ hat das Thema wieder aufs Tablett gebracht. Auch an dieser Stelle spielt die Abwägung zwischen Sicherheit und Freiheit eine entscheidende Rolle, die wir aus sozialistischer Perspektive betrachten wollen.

Auch im nächsten Jahr wird unsere antifaschistische Arbeit eine zentrale Rolle für die

Themenwerkstatt spielen. Der Umgang mit der AfD ist durch die Kommunalwahl eine

Querschnittsaufgabe geworden, dem wir uns im gesamten Land und auf allen Ebenen alltäglich stellen müssen. Der sogenannte „Dammbruch“ von Thüringen ist nur die Spitze des Eisberges eines immer weiter nach rechts driftenden politischen Diskurses. Rechtsextremistische Kräfte haben es nicht nur in unsere Parlamente geschafft, sie dominieren auch immer mehr Bereiche des zivilgesellschaftlichen Lebens. Es ist und bleibt unsere Aufgabe als sozialistische

Jugendorganisation ein antifaschistisches Gegenmodell aufzuzeigen. Wir sind davon überzeugt, dass sich unsere Ideen und Visionen eines besseren Lebens für alle Menschen gegen jeden rechtsextremen Hass durchsetzen werden.

Bildung

„Wer hat, dem wird gegeben“, dies ist das Prinzip nach dem Bildungspolitik in Bayern funktioniert: Kinder aus Familien mit ihrerseits hohen Bildungsabschlüssen werden gefördert, während Kinder aus Familien mit einem niedrigen sozio-ökonomischen Hintergrund strukturell benachteiligt werden. In Bayern misst sich der schulische Erfolg von Kindern nicht an deren individuellen

Leistungen der Kindern, sondern am Geldbeutel ihrer Eltern. Gerade Kinder mit Migrationshintergrund haben es besonders schwer im jetzigen dreigliedrigen Schul-System. Wir Jusos nehmen dies nicht hin und machen uns für Bildungsgerechtigkeit stark! Wir lehnen das jetzige Bildungssystem ab und machen uns für die Gemeinschaftsschule stark. Wir begreifen Bildung ganzheitlich und wollen Menschen die Möglichkeit geben individuell gemäß ihrer Stärken und Interessen gefördert zu werden — von der Kita über die Schule bis hin zu Lernangeboten im Erwachsenenalter.

2019 wurde die Themenwerkstatt Bildung der Jusos Bayern gegründet. Die gute Arbeit aus dem letzten Jahr wollen wir fortführen: Besonders die Themen Erwachsenenbildung und auch die Lage an Schulen während und nach der Covid19-Krise wird uns beschäftigen. Covid-19 hat die eklatanten Fehler der letzten Jahrzehnte in der bayerischen Bildungslandschaft eindrücklich zu Tage befördert: Das Angebot „Abitur vor Gesundheit“, die schlimmen hygienischen Zustände in Schulen, der Sanierungsstau von Schulgebäude, der Lehrer*innenabbau, der psychische Stress und die hohe Belastung von Lehrkräften und der große Druck mit dem Schüler*innen heute konfrontiert sind.

Zudem bilden sich momentan bildungspolitische Nerzwerke als Grassrootsbewegungen. Auch in diesen wollen wir als Landesverband mitmischen und unsere Ziele für eine gerechtere, bessere Bildungslandschaft in andere Organisationen tragen und uns vernetzen. Weiterhin gestalten wir mit der AfB in der kommenden Legislatur ein bildungspolitisches Grundsatzprogramm.

Umwelt & Energie:

Die Themenwerkstatt Umwelt und Energie setzt sich zum Ziel in der kommenden Zeit, die Dringlichkeit der Klimakatastrophe und ihre Auswirkungen weiter im Verband zu etablieren und zu

diskutieren. Dabei soll der Schwerpunkt themenübergreifend auf Fragestellungen der Klimagerechtigkeit liegen. Wie kann verhindert werden, dass die Klimakrise die globale Ungleichheit weiter verstärkt? Wie kann die ökologische Transformation sozial gerecht gestaltet werden? Als Themenschwerpunkte der Werkstatt Umwelt und Energie ergeben sich für die kommende Zeit vor allem die Forstpolitik, die Mobilitätspolitik und die künftigen

Energieversorgungspolitik. Bei der Forstpolitik geht es vor allem um eine weitere Vertiefung der landwirtschaftspolitischen Grundlagen des Verbands. Bei der Mobilitätspolitik wollen wir die bisherigen Forderungen der Jusos aufgreifen und sie weiterentwickeln. Vor allem das

Zusammenspiel zwischen Kommunen und Ländern soll hier im Fokus stehen. Auch die Frage wie

Mobilität und Solidarität gemeinsam einhergehen können, soll Thema der Themenwerkstatt Umwelt und Energie sein. Beim Thema der künftigen Energieversorgung wollen wir insbesondere herausarbeiten, welche Energieträger vor dem Hintergrund der Klimakrise ernsthaft als zukunftsfähig angesehen werden können.

International links

Wir Jusos sind ein internationaler Richtungsverband, daher ist uns der Kontakt zu unseren internationalen Partner*innen auf der ganzen Welt wichtig. Diesen gilt es durch die Arbeit in der Themenwerkstatt Internationales und Europa auf verschiedenen Ebenen auszubauen und in den Verband zu tragen, sei es durch neue Beschlusslagen, wie auch durch umfangreiche Bildungsangebote und unterschiedliche Möglichkeiten, sich selbst inhaltlich einzubringen.

Die internationale Lage nach der Pandemie wird immer unübersichtlicher. Themen wie der Kampf gegen das Lukaschenko-Regime in Belarus oder die neuerliche Eskalation in Israel und den palästinensischen Gebieten werden uns auch im kommenden Jahr begleiten. Die CoronaImpfstoffverteilung an ärmere Länder bleibt trotz COVAX problematisch. Und die große Frage stellt sich, wie die Weltgemeinschaft für die nächste Pandemie aus den Fehlern lernen kann, die bei der Bekämpfung von Covid19 sowie bei Entwicklung, Produktion und Verteilung des Impfstoffs gemacht wurden. Die negativen materiellen Auswirkungen der Pandemie auf ärmere Menschen zeigt sich bereits jetzt gerade in den Ländern, wo staatliche Sicherungssysteme brüchig sind. Die Talsohle dieser traurigen Entwicklung ist leider noch nicht erreicht, gerade weil Covid19 in vielen armen Ländern viel später vorbei sein wird. Auch hier braucht es mehr denn je. internationale Konzepte für Grundsicherung und Solidarität.

Ein weiterer Schwerpunkt wird die Neuausrichtung der Europäischen Union sein. Nach den

Problemen in der Finanz- und Bankenkrise, der sogenannten Flüchtlingskrise und nun der Covid19-Krise müssen nun endlich auch Strukturen der EU verändert werden. Die letzten Jahre haben uns nicht näher zu den Vereinigten Staaten von Europa hingebracht, sondern weiter davon weg. Wir fordern mehr Demokratie, mehr Solidarität, wirklich wirksamen Klimaschutz aber auch eine bessere Kooperation der Staaten miteinander.

Durch unsere Kontakte und Kooperationen mit Genoss*innen in anderen Ländern wollen wir mehr über das Leben und die sozialen Kämpfe dort lernen. Nur so können wir diese verstehen – nicht durch Textarbeit am Schreibtisch. Die Pandemie hat uns in dieser Hinsicht teilweise genützt: Austausch mit Genoss*innen in Albanien, Belarus, Großbritannien oder Tschechien war online möglich. Trotzdem wollen wir uns unbedingt auch offline begegnen. Deshalb überlegen wir, am Protest gegen den G20-Gipfel in Rom teilzunehmen und die TW Umwelt dabei zu unterstützen, eine Delegation zur Weltklimakonferenz in Glasgow zu organisieren. Das YES-Summercamp findet 2021 leider nicht statt, genauso wie die Alpen-Internationale. Sobald die Lage absehbar ist, werden wir uns aber für solche Formate 2022 einsetzen und diese wo möglich mit organisieren.

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Wir stehen vor großen wirtschaftspolitischen Herausforderungen. Eine realwirtschaftliche Krise ohne wirklichen Vergleichswert bedroht Leben auf der ganzen Welt. Erfreulicherweise scheint die Bundesregierung nicht vor umfassenden Konjunkturpaketen zurückzuschrecken. Diese werden gebraucht, um eine durch den über Wochen und Monate andauernden wirtschaftlichen Stillstand ausgelöste Rezession einzudämmen und ihre negativen Auswirkungen gerade auf ärmere Menschen so klein wie möglich zu halten. Die Aufgabe der Jusos wird es zum einen sein, diese Konjunkturmaßnahmen kritisch zu verfolgen. Es ist nämlich zu befürchten, dass es Bestrebungen geben wird, verschiedene Branchen zu bevorzugen und übermäßig stark zu subventionieren und andere zu vernachlässigen. Für uns Jusos muss klar sein,dass die Existenz der Menschen im Vordergrund steht, nicht die Existenz von Aktienrenditen. Wir müssen gleichzeitig darauf achten, wie diese Konjunkturmaßnahmen finanziert werden. Konservative und Liberale stoßen bereits ins Horn der Steuersenkungen. Senkungen von Einkommens- und Unternehmenssteuer sind keine besonders wirksamen Instrumente, um einer Rezession entgegenzutreten. Das Geld stattdessen gezielt zu investieren verspricht bessere Effekte, Steuersenkungen würden dagegen im Zweifel denen zu Gute kommen, die eh schon genügend haben. Zu befürchten ist auch, dass Steuersenkungen mit dem Abbau des Sozialstaates finanziert werden würden. Dies würde die Existenz derer, die von der Krise eh schon am stärksten betroffen sind nochmal zusätzlich gefährden. Diese Umverteilung von unten nach oben hätte außerdem das Potenzial die Krise zu verlängern, da reichere Menschen

zusätzliches Geld in geringerem Maße verkonsumieren und somit weniger direkt die Wirtschaft wieder ankurbeln. Unser Weg muss es sein, die Bekämpfung der Krise solidarisch zu finanzieren. Reiche Menschen müssen über eine Vermögensabgabe ihren Teil dazu beitragen. Klug konzipiert gefährdet diese auch keine Betriebe. Des weiteren braucht es europäische und weltweite finanzielle Solidarität. Daher braucht es zum einen ausreichend Hilfszahlungen, zum anderen sogenannte „Coronabonds“. Diese wurden zur letzten Finanzkrise schon unter dem Namen „Eurobonds“ diskutiert. Es handelt sich hierbei um von den europäischen Ländern gemeinsam herausgegebenen Staatsanleihen. Diese würde finanzschwächeren EU-Ländern enorm helfen die Krise zu meistern. Weiterhin dürfen wir vor lauter Krisenbewältigung aber auch nicht die nicht direkt damit assoziierte Politik nicht aus den Augen verlieren. Der Vorschlag zur Finanztransaktionsteuer aus dem Bundesfinanzministerium weist erhebliche Schwächen auf. Ein Beispiel: Ausschließlich Aktientransaktionen zu besteuern schafft Anreize für Händler*innen statt mit Aktien direkt nur noch Wetten auf diese Aktien zu handeln. Dies hat das Potenzial die Finanzwirtschaft noch instabiler zu machen als sie eh schon ist. Auch dieser Thematik wird sich die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Jusos Bayern im nächsten Jahr annehmen.

Organisatorische Strukturen

In unserem Verband gibt es viele Menschen, die in die Partei eingetreten sind, um politisch zu diskutieren, sich politisch zu bilden, mit gleichgesinnten Spaß zu haben und für ihre Ziele zu kämpfen. Unsere organisatorischen Strukturen sind der Rahmen für all das, in dem sie Beteiligungsmöglichkeiten bieten, Debatten ermöglichen, verschiedene Meinungen und Ideen verbinden, demokratisch alle mit einbinden und gewährleisten, dass wir organisatorisch gut aufgestellt sind. Nur so können wir unsere inhaltlichen Ziele konkretisieren und gemeinsam voranbringen!

Da auch wir als Verband uns laufend verändern und sich neue und andere Organisationsformen entwickeln, wird es Zeit, unsere bestehenden Strukturen wieder einmal gemeinsam zu evaluieren und weiterzuentwickeln. Können sich alle Mitglieder in Bayern so bei uns Jusos beteiligen, wie sie es gerne möchten? Sind unsere Gremien und die Arbeit in den Vorständen effizient? Wie können wir uns besser abstimmen und vernetzen? Welche Informationen werden wo benötigt und wie können wir gemeinsam unsere Inhalte weiterentwickeln? Für diese und weitere strukturelle und organisatorische Fragen soll es künftig einen Arbeitskreis Struktur der Jusos Bayern geben, zu dem alle Mitglieder herzlich eingeladen sind. Um eine regionale Ausgewogenheit zu gewährleisten soll zudem aus jedem Bezirk mindestens eine Person teilnehmen. Nehmt euch die Zeit und macht mit – nur durch eine gute Organisation können wir unsere Inhalte effizient und demokratisch weiterentwickeln und gemeinsam durchsetzen.

Um die Arbeit der Bezirke, Unterbezirke, Themenwerkstätten und aller anderen Gremien zu unterstützen bzw. zu verbessern, werden Tipps und Best Practice Beispiele zudem gesammelt und den Mitgliedern zur Verfügung gestellt.

Kampagnen

Neben spontanen Kampagnen (ob on- oder offline), die wir im Laufe unseres Vorstandsjahrs aufgrund aktueller Entwicklungen durchführen, möchten wir uns auch zwei größere, von Anfang an festgelegte Kampagnen vornehmen. Durch Kampagnen können wir an unsere Mitglieder herantreten, sie schulen und einbeziehen, andererseits aber auch Aufmerksamkeit von außen auf unsere Themen ziehen oder auch Kritik üben.

Kampagne Jung in Bayern

In unserer Kampagne #junginbayern möchten wir uns damit beschäftigen, wie ein jungsozialistisches Bayern in unserer Vorstellung aussieht. Wir möchten das Bild einer guten Zukunft für junge Menschen in Bayern zeichen, egal ob auf dem Land oder in der Stadt, egal ob reiche Eltern oder nicht. Inhaltliche Grundlage dafür soll unser Leitantrag werden. Junge

Menschen in Bayern haben auf dem Land, genauso wie in der Stadt ähnliche Fragestellungen, die sie in ihrem Leben begleiten. Einerseits ist in ganz Bayern natürlich das Thema Bildung vorne mit dabei. Der gesamte Themenbereich rund um Ausbildung, Gesamtschule, Grundschule, dreigliedriges Schulsystem usw. begleiten uns Jusos Bayern bereits lange und wir können schon auf breite inhaltliche Punkte zurückgreifen. Doch wir müssen ein Gesamtkonzept vor Augen haben, auf das wir hinsteuern.

Auch die Bereiche um Mobilität, Wohnen und Freizeitmöglichkeiten sollen Schwerpunkte der

Kampagne werden. Wir wollen, dass auch auf dem Land regelmäßig ein Bus fährt – am besten mit

Elektroantrieb. Wir wollen, dass auch in kleinen und mittelgroßen Kommunen bezahlbare

Wohnungen für junge Menschen zur Verfügung stehen. Und wir wollen überall in Bayern gute Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung – vom kommunalen Schwimmbad bis zum hippen TechnoRave.

Vor Ort möchten wir nach Vorbild der Jusos Oberbayern und Oberpfalz vor allem auf Guerilla-

Aktionen zurückgreifen, wie beispielsweise Campen auf dem Marktplatz, um auf das Thema Wohnraum aufmerksam zu machen.

Die Auf- und Ausarbeitung dieser Themengebiete soll bereits die ersten Themengrundsteine für die Landtagswahl legen.

Kampagne zu politischer Bildungsarbeit in Bayern

Nicht erst seit der letzten Landtagswahl befinden sich die juso-nahen politischen Bildungsstätten in Kochel, Würzburg und auf Schney in der Krise. Diese Krise spitzte sich zuletzt so sehr zu, dass die Von-Vollmar-Akademie in Kochel kurz vor der Schließung stand, die nur zahlreiche Spenden einzelner Sozialdemokrat*innen und Jungsozialist*innen abgewandt werden konnte. Die Frankenwarte hat, durch Corona zwar beschleunigt, aber nicht ausschlaggebend, Insolvenz anmelden müssen.

Wir stehen solidarisch zu unseren Bildungsstätten und sind der Überzeugung: die Abhängigkeit von Einzelspenden muss aufhören, wir brauchen eine gute Grundfinanzierung politischer Bildungsstätten in Bayern!

Doch dieses Problem ist nur die Spitze des Eisberges. In Bayern haben politische Bildung und Mitbestimmung nach wie vor nicht den Stellenwert, den wir einfordern. Wir möchten das ändern und werden in den kommenden Monaten eine Kampagne starten!

Was ist politische Bildung für uns?

Durch politische Bildung befähigen sich Menschen, Teil einer solidarischen Gesellschaft zu sein und an demokratischen Prozessen teilhaben zu können. Die passiert sowohl in den Institutionen als formalisierte Bildung, wie beispielsweise in Schulen oder Hochschulen, jedoch ganz oft auch im nicht-formellen Rahmen. Beispielsweise wenn wir unser Bildungsprogramm gestalten, aber auch in kulturellen und sozialen Einrichtungen. Politische Bildung umfasst alle Lebensbereiche und lebt von der gemeinsamen und freundschaftlichen Diskussion und Debatte auf Augenhöhe.

Sie kennt auch keine nationalen Grenzen – politische Bildung muss immer auch ein Ausdruck internationaler Solidarität sein, um eine ganzheitliche Perspektive vermitteln zu können.

Im Rahmen unserer Kampagne wollen wir herausfinden, wie unsere Mitglieder und die Gesellschaft politische Bildung sehen, wie wir das Bewusstsein für politische Bildungsarbeit stärken können und Menschen zum solidarischen Miteinander im Rahmen politischer

Bildungsaktivitäten ermutigen können. Klar ist für uns: gelebt wird politische Bildung dort, wo Mitbestimmung möglich ist. Die Demokratisierung aller Lebensbereiche ist daher eine Kernforderung für uns im Kampf für umfassende politische Bildung.

Mitbestimmung – überall!

Im Rahmen der Kampagne werden wir darüber diskutieren, wie Schüler*innen, Auszubildende, Studierende und Arbeitnehmer*innen vollumfänglich an den Entscheidungen ihrer Institutionen und Unternehmen beteiligt werden können. Unser Ziel ist die Demokratisierung unserer Wirtschaft und die Selbstverwaltung in den Schulen und Hochschulen. Doch was verstehen wir eigentlich unter Selbstverwaltung? Wie werden Entscheidungen in demokratischen Betrieben getroffen? Wie ändert sich unser Lern-, Lehr- und Arbeitsalltag? Viele Fragen, die wir angehen wollen!

Dabei müssen wir uns auch über die Beteiligung ‚dieser jungen Leute' in Kommunen, Regionen und auf Landesebene Gedanken machen. Welche Beteiligungsformen gibt es jenseits von Jugendparlamenten? Wie schaffen wir landesweite und sinnvolle Vertretungsstrukturen?

Zeit zum Leben

Bildung findet vor allem dann statt, wenn Menschen Zeit für sich und Zeit für ein solidarisches Miteinander finden. Wie Schulunterricht in diesem Kontext funktioniert, wollen wir daher grundsätzlich überdenken. Fest steht: egal ob Gemeinschaftsschule oder leider noch dreigliedrig: in unserem Schulsystem müssen alle Schüler*innen Zugang zu politischer Bildung und Freiräume bekommen, diese zu praktizieren! Schule ist mehr als Mathematik- und Deutschunterricht.

Wir erteilen der 40-Stunden-Arbeitswoche eine klare Absage und kämpfen gegen Abermillionen unbezahlter Überstunden an – wir nehmen uns die Zeit, die wir für Mitbestimmung und Demokratie brauchen! Wir fordern dazu auch Bildungsurlaub ein, der ausdrücklich auch für politische Bildungsarbeit, wie beispielsweise für Seminare und Seminarprogramme, vorgesehen sein soll. Klar ist für uns immer: der Kapitalismus muss überwunden werden, um politische Bildung frei von Zwängen und Ausbeutung praktizieren und umfassende Mitbestimmung verwirklichen zu können!

Politische Bildung auf den Straßen und in den Parlamenten

Nicht nur die Grundfinanzierung der politischen Bildungsstätten ist notwendig. Wir wollen mit kreativen Aktionen, unseren Social Media Accounts, Podien, Planspielen, Straßenaktionen und Demos auf unsere Anliegen aufmerksam machen. Dabei suchen wir im Sinne unserer Doppelstrategie den engen Austausch zur SPD-Landtagsfraktion und wollen auch im Landtag Initiativen für die Stärkung politischer Bildung möglich machen.

Auch unser eigenes politisches Bildungsprogramm entwickeln wir weiter, denn wir möchten wieder mehr Mitglieder und Interessierte zur Anmeldung bewegen. Unser Bildungsprogramm wird daher fester Bestandteil unserer Kampagne für politische Bildung sein.

Bündnisarbeit und Vernetzung

Wir Jusos kämpfen für eine bessere Zukunft für alle in einer solidarischen und gerechten Gesellschaft. Dies können wir allerdings nicht alleine tun, weshalb für uns seit jeher neben der verbandsinternen Vernetzungsarbeit auch vor allem die verbandsexterne ein wichtiges Anliegen ist. Als gesellschaftliche Linke stehen wir tagtäglich immer mehr vor einem weiteren Rechtsruck und wir schaffen es nicht in die Richtung vorzudringen, wie wir uns unsere Gesellschaft vorstellen. Wir müssen noch entschiedener sowohl mit verbandsinternen Partner*innen als auch mit unseren natürlichen Bündnispartner*innen aus den Gewerkschaften, der AWO, den Falken, den Naturfreunden und mit Organisationen aus dem progressiv-linken Spektrum zusammenarbeiten. Hierzu werden wir unsere Kontakte weiterführen und noch weiter ausbauen und vorantreiben.

Wir Jusos Bayern haben in den vergangenen Monaten mit verschiedenen Arbeitsgemeinschaften der SPD gemeinsame Anträge erarbeitet oder befinden uns in Antragsarbeiten zu den Themen Feminismus, Wirtschaft und Bildung. Diese sollen unbedingt weitergeführt und intensiviert werden. Darüber hinaus streben wir auch einen intensiveren inhaltlichen Austausch mit den anderen Arbeitsgemeinschaften der BayernSPD an.

Neben der Arbeit mit den AG's werden unsere inhaltlichen Sprecher*innen verstärkt auf die entsprechenden Vertreter*innen der Bayerischen Landtagsfraktion zugehen, um den Diskurs im Bayerischen Landtag konkret mitzubestimmen und unsere Positionen einzubringen.

Zudem soll das bereits gegründete Demo-Bündnis Orgateam, das gemeinsam mit der BayernSPD aufgebaut wurde, ihre Arbeit aufnehmen und gewährleisten, dass die Bündnisse in denen wir bereits aktiv beteiligt sind, jederzeit Ansprechpartner*innen haben, die sie in ihrer Arbeit auch überregional unterstützen und vernetzen.

Als Jungsozialist*innen stehen wir für eine emanzipatorische, solidarische Gesellschaft ein, weshalb wir uns auch ganz besonders als natürlich Verbündete diverser gesellschaftlicher wie politischer Jugendverbände, die für eine emanzipierte, progressive Gesellschaft arbeiten, sehen. Unser Ziel wird es sein, mit unseren Ideen nun verstärkt auf die Zivilgesellschaft einzuwirken, aber auch unsere Bündnispartner*innen weiter in unseren Verband und die Partei mit einzubeziehen. Aus diesem Grund wollen wir breiter in die gesellschaftlichen Strukturen vordringen und auch für Jugendorganisationen, wie beispielsweise die Pfadfinder (sic!), das Bayerische Jugendrotkreuz oder die Schreberjugend verlässliche Ansprech- und Bündnispartner*innen sein. Darüber hinaus wollen wir auch gemeinsam mit migrantischen (Jugend-)organisationen aber beispielsweise auch LGBTIQ*-Verbänden intensiver ins Gespräch kommen, um gemeinsame politische Forderungen in die breite Gesellschaft zu tragen und so für eine solidarische, progressive und emanzipatorische Politik in Bayern zu

kämpfen.

Öffentlichkeitsarbeit

Unsere Gestaltungsfähigkeit hängt nicht nur von guten Ideen ab, sondern auch von der Art und Weise, wie wir diese kommunizieren und verbreiten. Entsprechend müssen wir uns nicht nur als linker Gegenpol zu neoliberalen Kräften positionieren, sondern auch als diese Instanz in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Daher kommt der Öffentlichkeitsarbeit eine zentrale Rolle in der Vorstandsarbeit zu. Unser Ziel ist es dabei, die von uns gefassten Ideen, Beschlüsse und Überzeugungen unmissverständlich in der Öffentlichkeit zu platzieren und eine eindeutige Identifizierung mit uns zu gewährleisten. Wir sind die zentrale, linke Kraft in Bayern und als solche

müssen wir in der öffentlichen Debatte auch wahrgenommen werden. Wir forcieren die Verfestigung unserer medialen Präsenz sowie die Verbreiterung unserer Reichweite in den sozialen Kanälen. Innerhalb des letzten Jahres haben wir durch stetige Arbeit in den sozialen Netzwerken die 4.600-Follower*innen-Marke auf Facebook und die 2.000er-Marke auf Twitter überschritten. Durch regelmäßige Posts über die Vielfalt der Aktivitäten und Themengebiete unseres Verbands, Abwechslung in der Art der Medien, Austausch im Verband und darüber hinaus wollen wir dies fortführen. Insbesondere der Twitter-Takeover war erfolgreich, dieser soll fortgeführt werden. Ferner erzielten auch aufgelegte Kampagnen hohe Reichweiten. Pro Quartal soll künftig mindestens eine Kampagne aufgelegt werden, entweder zu politisch aktuellen Themen oder auch zu allgemeinen Themen. Insbesondere, weil wir dadurch Personen außerhalb unserer Filterblase erreichen konnten. In dem Zuge ist ebenso eine Kampagne zur Werbung von Neumitglieder durchzuführen. Hierbei soll eine enge Zusammenarbeit zwischen Landesverband,

Bezirken und Unterbezirken erfolgen. Um für einen Wiedererkennungswert zu sorgen, ist die

Einhaltung unseres Corporate Design selbstredend von Bedeutung. Wir wollen unsere

Pressearbeit weiter professionalisieren, indem wir Kommissionen stärker einbinden und Know How einholen. Die im Rahmen der Debatte um die Nachfolge des SPD-Parteivorsitzes geknüpften, medialen Kontakte werden uns dabei helfen, künftig noch häufiger in den klassischen Medien aufzutauchen. Pressemitteilungen des Juso Landesverbandes sollen zukünftig stärker für die Arbeit vor Ort genutzt werden können. Mediale Aufmerksamkeit ist in lokalen Medien leichter zu erzielen als auf überregionaler Ebene. Wir werden daher vermehrt Pressemitteilungen für die lokalen Gliederungsebenen zur Verfügung stellen. Diese sollen als Vorlagen genutzt und regionalisiert an die lokalen Medien weitergeben werden. Um die Arbeit der lokalen

Untergliederungen außerdem zu stärken und professionalisieren, soll ein Konzept (insbesondere zu Design und Pressearbeit) erarbeitet werden, das an diese weitergegeben werden kann. Zur Unterstützung sollen außerdem noch Rufseminare in diesem Themenbereich durchgeführt werden. Zu einer guten Öffentlichkeitsarbeit gehören für uns Jusos Bayern auch eigene Publikationen. Neben verschiedenen Informationsmaterialien zu unterschiedlichsten Themen werden wir auch im kommenden Jahr uns wieder der Faust widmen wollen. Uns ist es wichtig, dass neben Fachartikeln aus verschiedenen Themenbereichen auch das Verbandsleben dargestellt wird. Mittlerweile erscheint die Faust auf einer eigens dafür eingerichteten Rubrik auf unserer Seite. Künftig soll diese quartalsmäßig und themenspezifisch als PDF erscheinen und auch per Mail an alle Mitglieder versendet werden. Hierfür soll eine schlichte Designvorlage erstellt werden. Trotz der stetig digitaler werdenden Welt ist es uns wichtig, dass „Die Faust“ zumindest in dieser Form erhalten wird.

Politische Bildung

Die Jusos Bayern sind schon immer ein Verband, der viel Wert auf die politische Bildung und Schulung der eigenen Mitglieder gelegt hat. Auch in unserem kommenden Vorstandsjahr werden wir unser Seminarprogramm und unsere Angebote aufrechterhalten. Einerseits möchten wir auf bewährte Formate setzen, andererseits aber auch eine Evaluation vornehmen und uns darüber Gedanken machen, ob wir neue Formate – ob inhaltlich oder organisatorisch – ins Leben rufen können. Fakt ist: Das Vermitteln unseres demokratisch-sozialistischem Grundverständnisses bleibt Priorität 1.

JSAG:

Die Juso-Schüler*innen- und Auszubildendengruppe Bayern stellt eine bedeutende

Vorfeldorganisation an den bayerischen Schulen und Berufsschulen dar. Besonders erfreulich ist, dass die

JSAG Bayern immer aktiver wird und eigene Veranstaltungen plant. Der Landesvorstand begrüßt die inhaltlich ausgewogene Ausrichtung der JSAG, die sich sowohl mit der Schulbildung als auch in besonderem Maße mit Berufsausbildung befasst, ausdrücklich. Der Landesverband wird die Arbeit der JSAG in diesem Sinne weiterhin gerne unterstützen.

HSG:

Die Juso Hochschulgruppen sind eine wichtige Organisation für viele Studierende, die sich politisch an ihren Hochschulen engagieren wollen. Zusammen mit den den HSGn kämpfen wir für die verfasste Studierendenschaft, um Studierenden die Möglichkeit zu vereinfachen, ihre Hochschulen zu gestalten. Die Studierendenvertretung soll dadurch nicht nur eine juristische Person werden, sondern ihre Stimme mehr Gewicht im universitären Betrieb bekommen.

Zusätzlich muss in den Universitäten der Betreuungsschlüssel verkleinert werden, damit die Qualität der Lehre sich verbessern kann. Um dies zu unterstützen, kämpfen wir zusammen mit den Hochschulgruppen unter anderem für eine ausreichende Finanzierung aller Hochschulen.

Bundesebene:

Die Jusos Bayern sind auch auf Bundesebene weiterhin ein tragender Pfeiler. Seit dem

Bundeskongress 2019 haben wir das erste Mal seit vielen Jahren wieder zwei stellvertretende Bundesvorsitzende. Anna Rasehorn und Seppi Parzinger leisten dort eine inhaltlich starke und zeitintensive Arbeit. Im nächsten Jahr wollen wir auch weiterhin die inhaltlich treibende Kraft des Bundesverbands sein. Wie auch in den hinter uns liegenden Jahren wollen wir unsere Anträge auf Bundeskongresse beschließen, unsere Freundschaften in die anderen Landesverbände weiterhin pflegen und durch unsere konstruktive und starke Mitarbeit in den Projekten des Bundesverbands weiterhin beweisen, dass Bayern ein inhaltlich starker Landesverband ist.

BTW:

Die Gestaltung der SPD liegt in unserer Verantwortung. Sowohl vor Ort und innerhalb der Partei, als auch innerhalb der Parlamente. In den letzten Jahren haben wir in gewohnt kritischsolidarischer Art und Weise die Mandatsträger*innen aller möglichen Fraktionen begleitet.

Jedoch sehen wir es ebenso in unserer Verantwortung, langfristig das politische Geschehen mit zu beeinflussen. Unser Ziel muss es sein, auch Jusos in die Parlamente zu bringen. Die Listenreihung der bayerischen SPD hat bereits stattgefunden, wir sehen es als unsere Pflicht an, unsere JusoKandidierenden mit Hard- und Soft Skills, mit der Aufmerksamkeit und Unterstützung

auszustatten, die sie benötigen. und mit ihnen darum zu kämpfen, in den Bundestag einzuziehen. In Zusammenarbeit mit der Bundesebene werden wir ein Bundestagswahlprogramm und kampagne erstellen und mit Leben füllen.

F Feinismus und Gleichstellung

F Feminismus und Gleichstellung

F-1	Jusos Bayern Landesvorstand	Gendern in der Schule – ist das erlaubt?	12

F-1

Titel	Gendern in der Schule – ist das erlaubt?
Antragsteller*innen	Jusos Bayern Landesvorstand
Adressat*innen	

Gendern in der Schule – ist das erlaubt?

"Gendern ist zum Kotzen.", so oder so ähnlich gerät das Gendern immer wieder unter Beschuss.

Gendern ist aber unserer Meinung nach besonders wichtig, um alle Gruppen in unserer Gesellschaft einzubeziehen, vor allem auch solche marginalisierte Gruppen, die durch das generative Maskulinum viel zu lange ausgeschlossen wurden. Eine inklusive Sprache ist deshalb Voraussetzung für eine gerechte Gesellschaft. Dass aber Sprache gelernt und reflektiert werden muss steht außer Frage. Dies lässt sich besonders gut in Bildungseinrichtungen umsetzen.

Gendern in der Schule

Bisher herrscht aber noch keine Einigkeit ob, und wenn ja wie gegendert werden soll. Um Schüler*innen und Pädagog*innen eine Hilfestellung zu geben wollen wir einheitliche verbindliche Richtlinien und Grundsätze diesbezüglich für alle Bildungseinrichtungen.

Unsere Forderungen lauten deshalb wie folgt:

Gendern wird in den Lehrplan aufgenommen. Gendern muss sowohl als übergreifendes Bildungs- und Erziehungsziel gelten, als auch ganz konkret in einzelnen Fächern implementiert werden, als Kompetenz geübt (beispielsweise in Deutsch und allen Fremdsprachen), aber auch als Thema mit gesellschaftlicher Relevanz diskutiert werden (Deutsch, Ethik)

Gendern in Bildungseinrichtungen wird gefördert und darf unter keinen Umständen zu einer schlechteren Bewertung führen. Gleichzeitig wollen wir aber auch das fehlen von Gendern in Produkten von Schüler*innen nicht negativ bewerten. Ziel ist, auf Gendern und dadurch auf unsere vielfältige Gesellschaft hinzuweisen und ihre Akzeptanz zu fördern.

Das Geschlecht, als Charakter unterscheidendes Kriterium lehnen wir ab. Wir fordern viel mehr einen stärkeren Fokus auf Diversität. Das Geschlecht darf nicht durch Pädagog*innen überbetont werden und so zu größeren Differenzen zwischen den Schüler*innen führen. Denn diese Unterschiede münden schlussendlich auch in der Gesellschaft. Gerade im Sportunterricht wird aber stark zwischen zwei Geschlechtern unterschieden, das halten wir für unnötig. Geschlechtergetrennter Unterricht ist unserer Meinung nicht mehr zeitgemäß, da dies in keiner Weise die Geschlechtsidentität aller Menschen anerkennt. Weil wir im Allgemeinen auch gegen die Benotung im Sportunterricht sind,(ja grundsätzlich ganz gegen Benotungen durch Zahlen/ Ziffern) kann ein angenommenes unterschiedliches Leistungsvermögen nicht als Gegenargument gelten.

Um geschlechtergerechte Bildung zu ermöglichen ist auch die Verwendung von gegenderten Materialien wichtig. Hier sollen die Schüler*innen erste Erfahrungen mit dem Gendern machen und so daran gewöhnt werden. Die Lehrkraft dient hier als Vorbild und soll deshalb Texte in geschlechtergerechter Sprache verwenden. Bei der Auswahl von Schulbüchern soll in Zukunft Gendern als weiteres Kriterium gelten. Für Kinder mit Lese-Rechtschreibschwäche oder ohne ausreichende Sprachkenntnisse müssen Konzepte entwickelt werden, wie Gendern und gegenderte Texte vermittelt werden können.

Gendern in der Lehrer*innen Ausbildung

Da wir aber der Überzeugung sind, dass Lehrkräfte und Pädagog*innen selbst zuerst an das Gendern herangeführt werden müssen, fordern wir auch in der Lehrer*innenausbildung fundamentale Änderungen:

Ein Pflichtkurs, der von Studierenden aller Schularten besucht werden muss, in dem die Grundlagen des Genderns vermittelt und als Empfehlung für die spätere Lehrtätigkeit dargestellt werden. Auch die Dozierenden sollen sich durch Fortbildungen professionalisieren.

Die Reflexion der eigenen Lehrperson und die Evaluation der eigenen Stärken, Schwächen und

Fähigkeiten nimmt einen bisher zu geringen Teil der Ausbildung von Lehrkräften ein. In diesem

Bereich muss noch mehr Fokus auf die Reflexion und Überprüfung der eigenen Rollenbilder und Vorurteile gelegt werden. Es soll, wie zuvor angemerkt, eine Überbetonung von Geschlechtern und angenommenen Unterschieden vermieden werden. Dies ist nur möglich, wenn sich die Lehrkräfte über die dadurch transportierten Vorurteile im klaren sind und ihnen entgegenwirken können. Besonders die Auswahl geeigneter Materialien muss geübt werden.

Abschließend möchten wir nochmals die Bedeutsamkeit des Genderns als Ausdruck und Begrüßung einer inklusiven, diversen Gesellschaft betonen. Hier muss erneut betont werden, dass wir Gendern keineswegs als MUSS für alle ansehen, aber seine Verbreitung als begrüßenswerte Entwicklung. Auf eine allgegenwärtige Verwendung des Gendern hoffen wir perspektivisch.

I Internationales und Frieden

I Internationales und Frieden

I-1	Jusos Oberbayern Demokratie und Freiheit für Belarus!	15
I-2	Gegen Covid und vor der nächsten Pandemie: Impfstoffsicherheit global garantieren!	18

I-1

Titel	Demokratie und Freiheit für Belarus!
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz

Demokratie und Freiheit für Belarus!

Seit dem 20. Juli 1994 ist Aljaksandr Lukaschenko der belarussische Präsident. Nach seiner Wahl hebelte er die Demokratie aus und regiert das Land de facto als Alleinherrscher.

Und nun, seit dem Sommer 2020, blickt die ganze Welt erneut auf Belarus. Eine Diktatur im Deckmantel der Demokratie. Ein Präsident, der mit Gewalt seine Macht behalten möchte und Bürger*innen, die sich mutig und selbstbewusst für ihre Rechte einsetzen.

Seit den Präsidentschaftswahlen 2020 in Belarus, ist hier nichts mehr wie es war. Bereits vor der Wahl gingen die Menschen auf die Straße, um gegen den Staat und den Herrscher Lukaschenko zu demonstrieren. Doch danach kam es noch schlimmer. Denn es war eine Wahl, die ohnehin nur zum Schein existierte. Es war eine Wahl, die geprägt war von der Verhaftung politischer Gegner des amtierenden Präsidenten Aljaksandr Lukaschenko. Es war eine Wahl, der man kurz darauf Manipulation nachweisen konnte. Und dennoch ließ er sich im Anschluss der Wahl selbst zum Präsidenten vereidigen.

Und dennoch: Lukaschenko ist immer noch der Präsident der Republik Belarus. Genau deshalb gehen dort auch seit dieser Wahl tausende von mutigen Menschen auf die Straße, um der Welt ein Zeichen zu setzen. Sie zeigen uns, dass sie es satt haben unter dem Deckmantel einer Demokratie von einem Diktator regiert zu werden! Sie demonstrieren Tag für Tag mit dem Bewusstsein, dass sie jeden Moment durch die Polizei festgenommen werden könnten. Es wird von vielfachen Festnahmen, massiver Gewalt und Folterungen, insbesondere im Minsker Isolationszentrum

„Okrestino“ gesprochen. Laut dem Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für

Menschenrechte gibt es Berichte von über 450 dokumentierten Fällen von Folter und

Misshandlungen seit dem Tag der Präsidentschaftswahl. Hierzu zählen auch sexueller Missbrauch und Vergewaltigungen.

Auch die Pressefreiheit wurde in Belarus untergraben. Die meisten Printmedien und auch das Fernsehen sind hier in der Hand des Regimes. „Reporter ohne Grenzen“ berichten, dass kritische Informationen über die Lage in Belarus gerade seit August 2020 zu unterdrücken versucht werden. Unabhängige Berichterstatter*innen kommunizieren durch das Internet oder aus dem Exil.

In der Rangliste der Pressefreiheit liegt Belarus auf Platz 158 von 180. Bereits hunderte Journalist*innen wurden festgenommen oder schon zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Und das ist nicht verwunderlich, denn gerade das jüngste Beispiel um die Festnahme vom 26-jährigen

Blogger und Journalist Roman Protasewitsch und seiner Freundin Sofia Sapega zeigt es ganz deutlich, mit welch eiserner Faust Lukaschenko freie Meinungsäußerung unterdrückt. Die am 23.05.2021 erzwungene Landung des Ryanair-Flugzeuges, in dem sich Pratassewitsch und Sapega befanden, durch belarussische Kampfjets ist eine unverhältnismäßige und vor allem unmenschliche Art des Machtmissbrauches!

Reaktionen der EU und gefasste Beschlüsse

Die EU und auch Deutschland haben zu Beginn der großen Demonstrationen im Anschluss zur

Präsidentschaftswahl 2020 nur zugeschaut. Erste Reaktionen kamen aus Litauen, dessen Außenminister am Tag des Verschwindens der belarussischen Oppositionskandidatin Swetlana Tichanowskaja als Erster seine Sorge um ihre Sicherheit kundtat.

Mittlerweile kamen nun auch seitens des Europäischen Rates Beschlüsse und Sanktionen gegen

Lukaschenko und seine Regierung.Bereits einen Tag nach der Zwangslandung des

Passagierflugzeugs von Ryanair, am 24. Mai 2021, einigten sich die 27 Staats- und

Regierungschef*innen der EU-Mitgliedsländer auf die sofortige Freilassung des Journalisten und

Bloggers Raman Pratassewitsch, sowie seiner Begleitung Sofia Sapega. Europäische Fluggesellschaften sind dazu angehalten, den belarussischen Flugraum zu vermeiden und belarussischen Fluggesellschaften ist es nicht gestattet, den EU-Luftraum zu passieren und auf EU-Flughäfen zu landen. Sanktionen gegen belarussische Personen und Organisationen wurden ausgeweitet und die internationale Zivilluftfahrt-Organisation dazu aufgefordert, diesen beispiellosen und inakzeptablen Vorfall dringend zu untersuchen. Weitere gezielte wirtschaftliche Sanktionen sollen ebenfalls eingeleitet werden. Außerdem bekundet die EU ihre Solidarität mit

Lettland, dessen Diplomat*innen aus Belarus ausgewiesen wurden, nachdem ein Streit über das Hissen der belarussischen Oppositionsflagge in der lettischen Hauptstadt Riga entstanden war.

Auch die NATO verurteilte am 26. May 2021 mit einem offiziellen Statement die Zwangslandung und nannte diese einen “inakzeptablen Akt, welcher ernsthaft die geltenden Normen der zivilen

Luftfahrt verletze und das Leben der Passagier*innen und Crewmitglieder in Gefahr gebracht hat”.

Die NATO fordert die umgehende Aufklärung des Vorfalls, sowie die sofortige Freilassung von Pratassewitch und Sapega. Die Inhaftierung Pratassewitch sei ein Angriff auf Pressefreiheit und legitimen politischen Dissens.

Positionierung der Jusos Bayern: Solidarität mit den Menschen in Belarus!

Die Gefahren, die Alexander Lukaschenkos Handeln mit sich bringt, sind verheerend für die belarussische Bevölkerung und schlagen inzwischen hohe Wellen. Seit nunmehr fast drei Jahrzehnten untergräbt Lukaschenko demokratische Grundwerte, wie etwa das Recht auf freie Wahlen, die Meinungs- und die Pressefreiheit und unterdrückt die Bürger*innen seines Landes durch seine autokratische und diktatorische Staatsführung. Mit Taten wie der Zwangslandung des Ryanair-Passagierflugzeugs vom 23. Mai festigt Lukaschenko weiter die Diktatur in Belarus. Die Europäische Union, und allen voran Deutschland, dürfen nicht beinah tatenlos mit ansehen, wie eins ihrer Nachbarländer der autoritären Machtausübung eines Mannes verfällt. Die EU muss weiterhin entschieden und geschlossen Druck auf Belarus’ Machthaber und das Regime ausüben um zu gewährleisten, dass die Stimme aller im Land gehört wird und eine legitime und gerechte Demokratie eingeleitet wird. Die EU definiert sich selbst als eine Werteunion für Freiheit, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit. Diese Werte dürfen nicht an der polnischen, lettischen oder litauischen Grenze erlöschen.

Die Jusos unterstützen die bisher gefassten Beschlüsse der EU, fordern jedoch eine klare und deutliche Solidarisierung mit der Opposition in Belarus und dessen Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja, die seit den manipulierten Wahlen im August 2020 öffentlich protestieren. Die Proteste haben zu einer Welle von Inhaftierungen von Demonstrant*innen und Journalist*innen geführt, wovon eine Vielzahl bis heute noch nicht freigelassen wurden. Fälle von willkürlichen Inhaftierungen von Zivilbürger*innen sind ebenfalls bekannt.

Ein wichtiger Schritt für die Stärkung der Opposition ist, dass Deutschland und anderer europäischer Länder relevante Verhandlungen künftig mit der Oppositionsführung anstelle von Lukaschenko führen, um dessen Regime öffentlich die Legitimität zu entziehen.

Außerdem müssen Wirtschaftssanktionen deutlich ausgeweitet werden auf europäische Unternehmen, die Handel mit Belarus betreiben und damit indirekt Lukaschenkos Regime finanziell unterstützen. Ebenso muss mehr für die Zivilgesellschaft getan werden, die dem Regime ausgeliefert ist. Die politische Bildung im Inland muss auf- und ausgebaut werden, es braucht Auslands-Stipendien für belarussische Student*innen, die aufgrund ihres politischen Protests gegen die Regierung von ihren Universitäten exmatrikuliert wurden, und Soforthilfefonds für belarussische Bürger*innen z. B. im Fall von Arbeitslosigkeit infolge der Proteste oder von

Krankheit infolge von Folter und Misshandlung in Haft. Außerdem müssen weitere VisaErleichterungen für Leute, die das Land aufgrund von politischer Verfolgung verlassen wollen, veranlaßt werden.

Auf lange Sicht werden Sanktionen allerdings nicht das Allheilmittel sein. Die Einschränkung des

Flugbetriebs innerhalb des belarussischen Luftraums, sowie die Hinderung von Überflügen des EU-Luftraums seitens belarussischer Fluglinien (wovon momentan nur Belavia betroffen ist) werden Lukaschenko und seine Anhänger*innen kaum abschrecken. Diese haben wahrscheinlich in naher Zukunft nicht vor, EU-Staaten zu bereisen, da ihr Blick deutlich Richtung Russland gerichtet ist. Durch das Einfrieren von Vermögenswerten und der wirtschaftlichen Sanktionen etwa gegen die Kalisalz-Industrie, petrochemische Betriebe und dem Finanzsektor in Belarus positioniert sich die EU zwar deutlich, jedoch werden diese Maßnahmen nicht ausreichend sein, um das Regime zum Einlenken zu bringen.

Zu befürchten ist eine Abwärtsspirale, in der sich Belarus immer weiter von Europa entfernt und immer mehr in die Arme von Russland und anderen Ländern läuft, die weniger hohe Standards an die Einhaltung von Menschenrechten setzen. Zum Schutz der belarussischen Bevölkerung muss um jeden Preis versucht werden, Belarus in die europäische Wirtschafts- und Wertestruktur fester einzubinden, um somit den Übergang zur Demokratie zu begleiten. Die EU muss bessere Anreize schaffen, um für Belarus als Partner die beste Option zu werden, etwa durch das Versprechen größerer Investitionen in die belarussische Wirtschaft und besserer Bedingungen für den Personen- und Güterverkehr im Eintausch gegen die Einhaltung demokratischer Grundsätze im politischen System. Dies ist eine bessere Option, als das Land von Europa abzuschotten und, in den Worten der Oppositionsführerin Svetlana Tichanowskaja, “dem Regime [zu] erlauben, 9 Millionen Einwohner zu Gefangenen im eigenen Land zu machen“.

I-2

Titel	Gegen Covid und vor der nächsten Pandemie: Impfstoffsicherheit global garantieren!
Antragsteller*innen	
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landtagsfraktion, BayernSPD-Landesparteitag

---

Gegen Covid und vor der nächsten Pandemie: Impfstoffsicherheit global garantieren!

Obwohl die dritte Corona-Welle in Deutschland gebrochen wurde, ist die Pandemie global betrachtet noch lange nicht vorbei. Während in den USA bereits 40% und in der EU 20% der Menschen einen vollen Impfschutz gegen Covid-19 besitzen, sind es in Pakistan nur 1%, in Mali lediglich 0,2% und auf den Vanuatu-Inseln im Südpazifik gar nur knapp über 0%.

Afrika liegt mit etwa 0,6% vollständig geimpften Menschen weit unter dem weltweiten Durchschnitt (etwa 11%) und hat somit die niedrigste Impfquote aller Kontinente. Von den weltweit bislang ausgelieferten Impfstoffen (2 Milliarden Dosen) gingen 75 Prozent in nur zehn Länder.

Als Jusos kämpfen wir für globale Solidarität. Nicht die Rücksichtslosigkeit des Kapitals, sondern die Kooperation aller Menschen und Staaten sollten die globale Entwicklung bestimmen.

Deshalb kämpfen wir dafür, dass:

1. die Produktion und Verteilung der Covid-19-Impfstoffe sofort so verändert wird, dass alle

Menschen auf der Welt möglichst schnell einen vollen Schutz gegen Covid-19 erhalten und

zum Schutz vor der nächsten Pandemie der gesamte Impfstoff-Zyklus aus Forschung,

Entwicklung, Produktion und Verteilung der Impfstoff-Dosen an dieses Ziel angepasst wird.

Corona beenden: Menschenleben vor “Geistigem Eigentum”, globale Solidarität!

Wir fordern, den Patentschutz für die Impfstoffe mindestens temporär aufzuheben, wie es das TRIPS-Abkommen der WTO rechtlich ausdrücklich erlaubt. Niemand auf der Welt darf sein Leben verlieren, weil ärmere Länder sich die Lizenzzahlungen nicht leisten können! Natürlich ist dadurch noch nicht das zur Produktion nötige Know-How und Ausgangsstoffen deshalb überall vorhanden. Aber jede Produktionskapazität, die weltweit verfügbar ist sollte auch genutzt werden dürfen.

COVAX spielt bei der weltweit gerechteren Verteilung von Impfstoffen eine zentrale Rolle, da die Initiative der WHO den gerechteren Zugang zu COVID-19-Impfstoffen und Behandlungen ermöglichen bzw. erleichtern soll. Die ursprüngliche Idee hinter COVAX, eine globale Einkaufsgemeinschaft zu bilden, ist gescheitert.

Dennoch muss COVAX akut als Mittel genutzt werden, um die Pandemie global zu beenden. Deutschland ist mit 1,5 Milliarden Euro der größte Investor in das Projekt. Zudem sind die Mittel zu knapp bemessen. Durch die Unterfinanzierung werden Impfstoff-Lieferungen an Entwicklungsländer erschwert, so sollte COVAX beispielsweise 66 Millionen Impfdosen an Afrika liefern, es kamen aber nur lediglich 19 Millionen an.

Eine globale Pandemie kann nur global bekämpft werden. Die reichen Länder müssen umgehend einen Teil ihrer Impfdosen abgeben, um ärmeren Ländern zu helfen. Zudem muss die Soforthilfe in der Logistik und

medizinischen Hilfe ausgeweitet werden, damit die Kühlketten der Impfstoffe nicht unterbrochen werden und diese funktionsfähig bei den zu Impfenden ankommen.

Die nächste Pandemie verhindern: Impfstoff-Zyklus grundlegend verändern

In der Argumentation von Liberalen und Rechten spielt "privatwirtschaftliche Innovation" eine zentrale Rolle: Demnach sei Innovation ein großes Verdienst der Privatwirtschaft und des Kapitalismus. Der Staat dagegen könne nur verwalten und Infrastruktur betreiben.

Dass das nicht stimmen kann, zeigt die Pandemie: Die radikalste Innovation, die

Grundlagenforschung im Bereich der mRNA-Impfstoffe, kommt aus der staatlich-universitären Forschung. Und die Leistung der Pharma-Konzerne Pfizer oder AstraZeneca besteht nicht in der innovativen Entwicklung von Impfstoffen, sondern nur im Bereitstellen und Verwalten von Produktionskapazitäten und Kapital und dem Know-How über die behördlichen Zulassungsprozesse.

Lediglich bestimmte private Akteur*innen verhielten sich in der Pandemie innovativ: mittelgroße private Forschungs-Laborfirmen wie die Unternehmen BioNTech (2000 Mitarbeiter*innen), Curevac (< 1000 Mitarbeiter*innen) oder das Jenner-Institut der privaten Universität Oxford (ca. 100

Mitarbeiter*innen). Sie entwickelten aus den staatlich-universitären Grundlagen diejenigen CovidImpfstoffe, die anschließend von großen Pharmafirmen gekauft und vertrieben wurden.

Auch bei diesen privaten Organisationen zeigt sich aber keine klare Abgrenzung zu staatlichen

Einrichtungen: BioNTech wurde 2008 als Ausgründung aus der Universität Mainz mit finanzieller Unterstützung aus dem staatlichen Förderprogramm "Go-Bio" gegründet. Curevac ging aus einem akademischen Forschungsprojekt der Universität Tübingen hervor. Und auch die Universität Oxford in Großbritannien ist zwar als private Stiftung organisiert, funktioniert aber grundsätzlich genauso wie staatliche Universitäten.

Eine privatwirtschaftliche Organisationsform ist also keine Voraussetzung für Innovation. Innovation ist oft staatlich, manchmal auch privatwirtschaftlich organisiert. Letztlich geht es um das richtige Verhältnis von spezialisierten Arbeiter*innen und Kapital: Unter welchen

Bedingungen können Forschungs-Kollektive innovativ arbeiten, wie Produktion im Notfall schnell skaliert werden und die Impfstoff-Dosen am Ende schnell und gerecht an alle Menschen auf der Welt verteilt werden?

Staatliche Grundlagenforschung sichern

Die staatliche Grundlagenforschung ist ein globales Erfolgsmodell, das unter anderem die Durchbrüche im Bereich der mRNA-Immunreaktion hervorbrachte. Umso mehr gilt es, diese Form der Wissenschaft zu stärken und zu verteidigen: Vor Befristung und unsicheren Perspektiven für Wissenschaftler*innen, vor Unterfinanzierung für Lehrstühle und vor dem gefährlichen Leitbild der "unternehmerischen Hochschule", die vermarktungsfähige Produkte und Anwendungen hervorbringen soll. Das anglo-amerikanische Modell der forschungsstarken Privatuniversitäten lehnen wir ab, da sich das Studium dort nur Wenige leisten können und so der Einstieg in die Wissenschaft vom Geldbeutel oder Stipendien abhängt. Zur Organisation von Hochschulen haben wir als Jusos im Bereich Bildung umfangreiche Positionen, die wir als wichtige Voraussetzung für die Grundlagenforschung halten. Neben der Organisationsform ist ein weiteres Erfolgsrezept der weltweite Dialog in der Wissenschaft. Nur wenn Wissenschaftler*innen frei und unabhängig auch

von Regierungshandeln kommunizieren und Ideen teilen können, kann eine globale Wissensgemeinschaft entstehen.

Angewandte Forschung und Entwicklung auf EU-Ebene finanzieren

Auf der Basis der Grundlagenforschung setzt die Erforschung und Entwicklung konkreter Impfstoffe auf. Oft arbeiteten die Gründer*innen solcher angewandter Forschungslabore vorher an staatlichen Hochschulen, wie in den Fällen von Biontech oder Curevac. Die Ausgründung eines privaten Labors aus einer Universität ist mit hohen persönlichen Risiken für die Gründer*innen verbunden. Meist kann diese nur durch staatliche Gründungsfonds finanziert werden.

Anschließend sind diese im aktuellen System vor allem auf Privatinvestitionen angewiesen. Der

Wert eines Impfstoffs bemisst sich aus Sicht privater Investor*innen vor allem daran, wie viele

Menschen in reichen Ländern konkret von einer Infektion bedroht sind. Dagegen wird die Entwicklung eines Impfstoffs für wenige Menschen in einem armen Land vom Kapitalmarkt nicht finanziert.

Da private Investor*innen von möglichst schneller, sicherer Rendite getrieben sind, stellt ein frühes Investment in eine Biotechnologie-Firma aus Investor*innen-Sicht ein hohes Risiko dar. Der Corona-Impfstoff war BioNTechs erstes Produkt nach 13 Jahren Forschung; Curevac ist nach 20

Jahren noch immer nicht an diesem Punkt angelangt. Nur wenige Superreiche wie Bill und Melinda

Gates oder der SAP-Gründer Dietmar Hopp konnten und wollten dieses Risiko in der ImpfstoffForschung in der Vergangenheit eingehen. Erst wenn ein Impfstoff den langen, teuren Weg bis zur staatlichen Zulassung überstanden hat, wird ein Investment für die breitere Gruppe der typischen Privatinvestor*innen interessant.

Die bisherigen staatlichen Investitionen in der EU genügen nicht, um diese fehlenden und mit falsch strukturierten Privatinvestitionen aufzuwiegen. Die nationalen Investments in Europa im Bereich mehrerer hundert Millionen Euro (KFW, Curevac) und auf EU-Ebene (Europäische Investitionsbank, Biontech / Curevac) stehen im Vergleich zu den mehr als 3,5 Milliarden Euro, die die USA in Moderna, Johnson&Johnson, AstraZeneca und Sanofi/GSK investierte.

Daher fordern wir:

Es soll eine eigene Unterbehörde der Europäischen Investitionsbank (EIB) gegründet werden, die langfristig, nach klaren Richtlinien und in massiv höherem finanziellen Umfang als heute in die Impfstoffforschung investiert.

Die Firmen müssen dennoch in ihrer Forschung und Entwicklung sowie der gesamten operativen

Arbeit frei bleiben – vergleichbar mit den Lehrstühlen an heutigen Unitervisäten, die durch die Forschugnsfreiheit in Art. 13 der EU-Grundrechtscharta garantiert wird

Gleichzeitig bedarf es auch keiner Patentierung mehr, um angewandte Forschung finanzieren zu können. Dennoch kann im aktuellen Patentrecht jede*r beliebige andere ein Patent einreichen und ausnutzen. Deshalb sollte ein Patent eingereicht und dieses kostenlos oder nur zur Gegenfinanzierung Patentierungskosten lizenziert werden.

Mehrheitlich staatlich finanzierte Firmen sollen verpflichtet werden, ihre Ergebnisse zu veröffentlichen (Open Science). Zudem soll die EIB sich in dem Umfang Anteile an den Firmen sichern, die ihrem Investment entsprechen, aber gleichzeitig verpflichtet werden, ihren Anteil an der Dividende im Unternehmen zu belassen.

Impfstoffe vor Aneignung durch autokratische Regimes und rechte Regierungen schützen und gerecht über die WHO verteilen

Obwohl auch die Produktion von entwickelten Impfstoffen hochspezialisiertes Know-How erfordert, spielt die größte Rolle dort die Akkumulation von Maschinen, Spezialist*innen und Ausgangsstoffen zur richtigen Zeit am richtigen Ort. Entwicklungslabors mussten deshalb

Kooperationen mit großen Pharmafirmen eingehen, um schnell die Menge produzierter ImpfstoffDosen erhöhen zu können. Hierbei besteht eine Abhängigkeit der kleinen Laborfirmen von den Pharma-Großkonzernen. Die Produktionsstätten der Pharma-Firmen sind global ungleich verteilt:

So befinden sich 55 Prozent der Produktionskapazitäten für Impfstoffe in Ostasien, 40 Prozent in Europa und den USA und die verbleibenden 5 Prozent in Afrika.

Anders als die EU, die im letzten Sommer vor allem möglichst billig Impfstoffkandidaten per Vertrag einkaufen wollte, verstanden die USA unter Trump die geopolitische Bedeutung der Lage dieser Produktionsstätten. Dabei setzte Trump allerdings auf das rücksichtslose und egoistische Motto „America First“ anstatt auf eine wirksame, weltweite Pandemie-Bekämpfung durch Kooperation. Derartige aggressive Akte müssen von der Weltgemeinschaft künftig unterbunden werden, da sich die weltweite Situation ansonsten verschlimmert.

Neben dem offenen Egoismus gibt es noch eine weitere problematische Form der

“Impfdiplomatie”, die allerdings verdeckter abläuft. Dabei liefern autokratisch regierte Staaten wie China und Russland Impfstoffe an Entwicklungsländer (China etwa exportiert etwa die Hälfte seines Impfstoffs). Allerdings besteht das Ziel dieses Vorgehens eher der Verfolgung geopolitischer Interessen Russlands und Chinas als in der globaler Solidarität oder auch Profitgründen. China könnte durch den Impfstoffexport seinen Einfluss im Ausland ausweiten und eine starke Abhängigkeit der Entwicklungsländer zu China könnte internationale Beziehungen erschweren.

In der nächsten Pandemie bleiben der EU neben dem andauerndem internationalen Dialog und Apellen an Solidarität nur drei Strategien:

Zunächst muss die EU versuchen, die COVAX-Initiative vor der nächsten Pandemie zu ihrem ursprünglichen Ziel zurückführen: Eine globale Einkaufsgemeinschaft für Impfstoffe zu bilden, bei der die reichen Staaten einzahlen und die ärmeren weniger oder auch gar nichts. Wir fordern zudem, eine völkerrechtliche Verpflichtung zur Impfsolidarität zu schaffen.

Dennoch müssen die EU und ihre Einzelstaaaten selbst möglichst viel Impfstoff produzieren.

Sollte COVAX auch in der nächsten Pandemie aufgrund des unsolidarisch und unverantwortlichen Verhaltens einiger rechter

Regierungen oder Diktaturen scheitern, sollten die Impfstoffe entweder durch EU-staatliche Firmenanteile direkt besessen oder aber frühzeitig erworben werden. Diese Kontingente werden dadurch dem Zugriff unsolidarisch und unverantwortlicher Regierungen entzogen und können anschließend einer global gerechten Verteilung zufließen.

Die EU muss die Länder des Globalen Südens dabei unterstützen, selbst

Produktionskapazitäten für Impfstoffe aufzubauen. Diese könnten davon profitieren, wenn nach dem von uns geforderten staatlichen Förderungsmodell in der angewandten Forschung künftig keine Patente mehr im Weg stehen.

L (kein Titel)

L (kein Titel)

L-1	Landesvorstand Jusos Bayern	Leitantrag #junginbayern	23

L-1

Titel	Leitantrag #junginbayern
Antragsteller*innen	Landesvorstand Jusos Bayern
Adressat*innen	BayernSPD-Landtagsfraktion, BayernSPD-Landesparteitag

Leitantrag #junginbayern

Jung in Bayern

Seit vielen Jahren entwickeln wir Jusos Bayern die Vorstellung einer sozialistischen Welt – von einem sozialistischen Oberfranken bis zum sozialistischen Niederbayern, ein sozialistisches Europa, auf jedweder Ebene.

Weisungsrichtend für die nächsten Jahre muss die Frage sein, wie unser jungsozialistisches Bayern aussieht. Es gibt viel zu ändern und voranzutreiben und das muss unser politisches Ziel und unsere Aufgabe sein.

Unser Bayern besteht nicht nur aus München, Augsburg und Nürnberg, sondern auch aus

Kulmbach, Weiden und Prien am Chiemsee. Je nach Ort unterscheiden sich die

Herausforderungen, und doch sind die übergeordneten Fragestellungen vielerorts ähnlich. Wir wollen vorrangig die Bildung, die Mobilität, den Wohnraum und die Freizeitangebote in Stadt und

Land verbessern und für eine Chancengerechtigkeit und für gleichwertige, aber vor allem gute Lebensbedingungen in jeder Verortung Bayerns sorgen.

Bildung

Nicht erst die Pandemie hat gezeigt, dass das bayerische Schulsystem strukturell nicht dazu in der Lage ist, Gerechtigkeit und gleichen Zugang zu Bildung für alle zu schaffen. Besonders in Bayern lebt, für Europa beinahe einzigartig, die Tradition der bürgerlichen Stände im dreigliedrigen Schulsystem weiter – das Gymnasium für die Oberen, und auch nur das spielt schulpolitisch eine Rolle. Wir möchten mit dieser jahrhundertealten Ungerechtigkeit endlich brechen. Die Bayern SPD muss wieder als die politische Kraft wahrgenommen werden, die für eine Veränderung des bayerischen Schulsystems kämpft und dabei insbesondere strukturelle Aspekte in den Blick nimmt, die die soziale Ungerechtigkeit verstärken. Wir fordern, dass die bayerische Sozialdemokratie hierfür Formate und eine Kampagne entwickelt, um die Partei mit dem Thema Bildungsgerechtigkeit zu verknüpfen. Basierend auf der Auswertung der Rückmeldungen zu dieser Kampagne kann die Bayern SPD dann Bündnispartner einladen, um ein Volksbegehren bis spätestens zur Landtagswahl 2023 für die solidarische Gemeinschaftsschule in Bayern zu initiieren – für die bestmögliche Versorgung mit Bildung in jeder noch so kleinen Gemeinde des Freistaates!

Warum es höchste Zeit für die Gemeinschaftsschule ist

Als Gymnasien etabliert wurden, sollten sie für die bürgerliche Elite des Landes ein Ort der humanistischen und kulturellen Bildung werden. Sie sollten ihre Schüler*innen auf ein Leben in der oberen Mittelklasse, oder höher, vorbereiten. Der Aufbau eines Volksschulwesens für die Kinder der Arbeiter*innen, Freizeitprogramme in der Natur wie die Kinderrepubliken der

Falkenbewegung oder die Institutionalisierung beruflicher Bildung beweisen: Schön früh war es unsere Aufgabe, dem Zweiklassenschulsystem etwas entgegenzusetzen. Als Sozialdemokrat*innen und Sozialist*innen müssen wir diese Aufgabe heute, in den 20er Jahren des 21. Jahrhunderts, neu definieren. Dass in Bayern nur bis zur vierten Klasse gemeinsam gelernt werden kann geht auf die Ideologie zurück, dass besonders

talentierte und leistungsfähige Kinder so früh wie möglich von weniger talentierten und leistungsfähigen Kindern getrennt werden müssen, um ihr volles Potential auszuschöpfen. Der erfolgreiche oder nicht erfolgreiche Übertritt kann da bereits die Zukunft von Kindern entscheiden. Allein dieser Anmaßung gegenüber Hunderttausender Kinder und Jugendlicher in Bayern müssen wir uns entgegenstellen und *mindestens mit der Forderung einer sechsjährigen Grundschulzeit entschieden entgegentreten*. Die Seperation des Schulsystems ist die Idee der Elitenförderung – die Starken noch stärker machen, alle anderen fallen hinten runter. Belegt wird das durch die Situation an Mittel- und Realschulen: Lehrkräfte werden weniger bezahlt als am Gymnasium, es mangelt oft noch stärker an Ausstattung und in der öffentlichen Debatte spielen sie praktisch keine Rolle. Besonders deutlich wird die Ungerechtigkeit der Aufteilung nach der vierten Klasse, wenn man sich die Gründe anschaut, warum die Schüler*innen die nötigen besseren Noten für das Gymnasium bekommen haben – oder eben nicht. Es ist der sozio-ökonomische Status der Schüler*innen, der familiäre Hintergrund, mögliche Kinderarmut oder gesundheitliche Probleme, die Kinder daran hindern, in der Grundschule Spitzenleistungen zu erzielen. Oder Lehrkräfte maßen es sich an, aufgrund subjektiver Empfindungen die nächstbessere Note nun doch zu geben oder sie zu verweigern, falls den/die Schüler*in nicht in der gewünschten Schulform sehen würden. Gerade für Kinder mit Migrationshintergrund können dabei bereits in jungen Jahren mit Alltagsrassismus konfrontiert werden, der dann auch noch ihre schulische Bildung und damit das künftige Berufsleben deutlich einschränkt oder den Schüler*innen das Ziel ihres gewünschten Lebenswegs verwehren. Doch gehen wir noch einen Schritt zurück: Sollten gerade Grundschulen nicht ein Ort sein, an dem Kinder die Welt entdecken können, sich ausprobieren können? Gerade dafür bleibt kaum eine Zeit, wenn es auf das „Grundschulabitur" zugeht. Egal ob in der vierten Klasse oder später: ein Übertritt ist für Schüler*innen nicht zumutbar! Ohne ihn und damit mit einer Gemeinschaftsschule ist ein gerechtes Schulsystem möglich.

Das System der Solidarischen Gemeinschaftsschule

Alle Initiativen für die Schaffung der Gemeinschaftsschule haben gemein, dass sie alle bisherigen Schultypen unter ein Dach vereinen. In unserem Modell bleiben die ersten vier Schuljahre der heutigen Grundschule sehr nahe. Mit dem fünften Schuljahr eröffnen sich mit jedem Jahr mehr Möglichkeiten für die Schüler*innen, zu wählen, welche Themen sie interessieren und mit welchen

Fächern sie sich intensiver auseinandersetzen möchten. Es gibt viele Modelle und Optionen, diese Wahlmöglichkeiten auszugestalten. Wir möchten gemeinsam mit Bündnispartner*innen am bestmöglichen Modell für die Solidarische Gemeinschaftsschule arbeiten, bei dem jedoch eines klar ist: Die Bedürfnisse und Lebenswirklichkeit der Schüler*innen steht für uns im Mittelpunkt. Die Expertise von Pädagog*innen, aus der ganzen Welt, ist für uns ausschlaggebend. Viel mehr als ein Schulsystem ist die Solidarische Gemeinschaftsschule auch ein Ort des Lebens. Das erreichen wir durch die Umstellung der Schulen auf das System der integrierten Ganztagsschule und dem Wegfall sämtlicher Hausaufgaben.

Alle Schulen in Bayern bieten darüber hinaus auch an:

- Kostenfreies und warmes Mittagessen,
- Kostenfreier Verleih von Freizeit- und Sportgeräten,
- Lehrmittel und Lernmaterial frei zugänglich in Schulbibliotheken, eine schulpsychologische Betreuung für alle Schüler*innen durch die Schaffung neuer Stellen und Entlastung von Lehrkräften,
- kostenfreie international anerkannte Sprachprüfungen,
- Klassen-, Studien- und Spracherwerbsreisen mit der Möglichkeit der vollen Kostenerstattung.
- Kostenfreie digitale Endgeräte für alle Schüler*innen, um sowohl die Medienkompetenz zu verbessern, als auch vielfältige und vielseitige Lernangebote fernab des Geldbeutels der Eltern zu ermöglichen
- Moderne digitale Infrastrukturen, welche den Ansprüchen des digitalen Lernens von heute als auch von morgen ermöglichen, Schnelles Internet für alle Schulen ohne Ausnahme!

Gemeinsames Lernen auf ein pädagogisches Fundament stellen

Die Einführung des eingliedrigen Schulsystems ist in vielen europäischen Ländern im Lauf der letzten Jahrzehnte geschehen. Doch selbstredend ist diese eine Reform nicht der Schlüssel zum vollkommenen und gerechten Schulwesen. Deshalb setzen wir uns für die Solidarische Gemeinschaftsschule ein – ein Modell, das viel mehr Aspekte umfasst als ausschließlich das Zusammenlegen von drei Schultypen. In der politischen Debatte ist es

leider zur Gewohnheit geworden, das Hinzufügen neuer Schulfächer als einen konstruktiven Beitrag zur Diskussion zu bewerten. Unser Ansatz ist ein anderer. In einer solidarischen Gemeinschaftsschule sollen Talente und Interessen geweckt und gefördert werden, eine übergroße Anzahl an Schulfächern und Lehrplänen, die es jedes Schuljahr abzuarbeiten gilt, wirken dem entgegen. Wir möchten in ein zu schaffendes Bündnis für die Solidarische Gemeinschaftsschule daher dafür plädieren, sich genau mit dem finnischen Modell auseinanderzusetzen, das in vielen Fällen Schulfächer abgeschafft hat. Themen werden in ihren verschiedenen, beispielsweise geographischen, geschichtlichen, naturwissenschaftlichen und sprachlichen Aspekten, behandelt. Zwar wird es freilich immer Fächer geben, die an enge Grenzen gebunden sind, wie beispielsweise Sprachunterricht, doch gerade hier soll es in der Solidarischen Gemeinschaftsschule viele Wahlmöglichkeiten und innovative, pädagogische Lernformen geben können, die bisher weder Zeit noch Raum an Schulen einnehmen. Das Aufbrechen der Schulfächer bietet noch weitere Möglichkeiten. Sportunterricht kann beispielsweise in Kooperation mit lokalen Sportvereinen organisiert werden und sich besser an die Vorkenntnisse und Fähigkeiten der Schüler*innen anpassen. Ähnliche Modelle sind in künstlerischen und musischen Tätigkeiten denkbar, die einen hohen Stellenwert an einer

Solidarischen Gemeinschaftsschule einnehmen sollen. Auch schaffen wir so, trotz der schwierigen

Situation durch die Landesverfassung, die Möglichkeit, dass Schüler*innen flexibler zwischen

Ethik, Philosophie sowie Religionslehre entscheiden können. Wir sind des Weiteren der Überzeugung, dass Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik wichtig – jedoch nicht wichtiger als alle anderen Lerngebiete auch – sind und daher nicht in dem Ausmaß überhöht werden sollen, wie es die Wirtschaftslobby gemeinsam mit der bayerischen Staatsregierung momentan vorantreiben.

Berufliche Bildung der akademischen Bildung gleichstellen

Wir möchten in einem Bayern leben, das sich endlich von der Vorstellung verabschiedet, berufliche Bildung sei weniger wertig als akademische Bildung. Wir sind der festen Überzeugung der Gleichwertigkeit eines jeden Berufsweges und möchten ein Schulsystem, das eine gleiche und ehrliche Wahl zwischen einer starken Berufsausbildung und einem Studium für alle ermöglicht. Nach zehn Jahren der Gemeinschaftsschule soll den Schüler*innen daher die freie Wahl stehen, ob sie in eine Berufsausbildung starten oder nach drei zusätzlichen Jahren der Oberschule (vergleichbar mit der aktuellen QPhase des Gymnasiums) an eine Hochschule gehen. Die Allgemeine Hochschulberechtigung erhält jede*r, die*der die Oberschule oder eine Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen hat. Wir möchten normalisieren, dass Menschen ihr Berufsleben für ein Studium unterbrechen können oder auch nach dem Studium noch in eine Berufsausbildung gewechselt wird. Zusammen mit einer exzellenten Beratung und Unterstützung der Schüler*innen in der Solidarischen Gemeinschaftsschule stellen wir sicher, dass alle den für sie am besten geeignetsten Berufs- und Lebensweg einschlagen können und schaffen Optionen, sich ohne Nachteile auch umentscheiden zu können. Die Verbesserung der Beratungsangebote für Schüler*innen muss daher Teil eines solchen Volksbegehrens werden.

Mit den Schulnoten fällt ein weiteres antiquiertes Element des Schulsystems

Es ist absurd, das Wissen und die Lernfähigkeit aller Schüler*innen nach den gleichen Maßstäben auf einer Skala von 1 bis 6 zu bewerten. Und doch dreht sich in Schule und damit auch beim

Einstieg in das Berufs- und/oder Studienleben vieles um Noten. Die Aussagekraft dieser Bewertungen kann angezweifelt werden – denn auch hier spiegeln sich vielmehr die sozialen und familiären Umstände der Schüler*innen wider als das, was sie tatsächlich können. Das und der starke Ausschlag der individuellen Vorzüge der Lehrkräfte machen Noten nicht zu der objektiven und vergleichbaren Bewertung, die sie vorgeben, zu sein. Anstatt gezielt an den Stärken und Schwächen der Schüler*innen in einzelnen schulischen Teilbereichen zu arbeiten, werden sie mit dem Ist-Zustand ihrer Schwächen konfrontiert, bestraft und müssen gegebenenfalls um ihre Versetzung in die nächsthöhere Stufe bangen. Schüler*innen aus sozial besser gestellten Umständen können diese Mängel womöglich mit teurer Nachhilfe abseits des Schulalltags beheben. Auch hier zeigt sich die Bildungsungleichheit im Freistaat. Noten sind jedoch nicht alternativlos, es fehlt nur an Personal und Mut, den Schüler*innen in Zukunft ein konstruktives und persönliches Coaching zur Entwicklung der eigenen Fähigkeiten und Talente zur Verfügung zu stellen. Schon deshalb ist es wichtig, mehr Lehrpersonal einzustellen und die Lehramtsausbildung stärker zu fördern. Das Bündnis zur Einführung der Solidarischen Gemeinschaftsschule soll ausarbeiten, wie eine Abschaffung der Schulnoten in Bayern durch die Solidarische Gemeinschaftsschule aussehen kann. Es soll auch mit in Betracht gezogen werden, welche Folgen das für Absolvent*innen der Ge-

meinschaftsschule mit Blick auf Perspektiven außerhalb Bayerns haben würde und welche Möglichkeiten wir hier Schüler*innen bieten können, hier nicht benachteiligt zu werden.

Eine Gemeinschaftsschule ist nur dann solidarisch, wenn sie auch demokratisch ist

Demokratie, Mitbestimmung und Emanzipation sind Grundpfeiler sozialdemokratischer und sozialistischer Bildungsbewegungen. Die Kinderrepubliken in der Weimarer Republik sollten junge Menschen an die damals noch junge Demokratie heranführen, in dem man sie selbstständig ein Sommercamp organisieren und politisch leiten ließ. Sie waren ein voller Erfolg, doch ihr Geist lebt im heutigen Schulsystem nicht weiter. Wir möchten eine vollständige Demokratisierung des Schulwesens und den Schüler*innen so viel Entscheidungsgewalt in die Hände geben, wie nur möglich ist. Dabei ist es essentiell, dass nicht nur formale Wahlen zu Klassensprecher*innen stattfinden, sondern die Schüler*innen in ihrem Schulalltag Zeit, Räume und pädagogisch didaktische Unterstützung bekommen, eine Selbstverwaltung aufzubauen. Wir wollen die Demokratische Schule in Bayern verwirklichen. In geteilter Verantwortung mit den Lehrkräften entscheiden Vollversammlungen und gewählte Vertreter*innen der Schülerinnen gemeinsam über die Belange der Schule und des Schullebens. In Gremien muss die Mitbestimmung paritätisch umgesetzt werden. Wir möchten im zu schaffenden Bündnis vor allem mit Schüler*innen und Lehrkräften in den Dialog gehen und ein Konzept ausarbeiten, wie die Demokratische Schule heute aussehen kann, wie Demokratie vermittelt und organisiert werden kann und wie die Solidarische Gemeinschaftsschule ein optimales Umfeld schaffen kann, Schüler*innen zu

Selbstorganisation und demokratischen Mitbestimmung zu ermutigen. Klar ist: Es muss für Schüler*innen möglich sein, verbindliche Entscheidungen mit bedeutenden Folgen treffen zu können, damit Mitbestimmung mehr ist als nur Scheinbeteiligung.

Die Lehramtsausbildung muss mit der neuen Schulform mitgehen

Bayern gehört zu den letzten Regionen in Europa, die die Lehramtsausbildung noch kaum im Rahmen des Bologna-Prozesses organisieren. Wir möchten weiter gehen – noch weiter als die Bologna-Papiere, und eine der besten Ausbildungsbedingungen für unsere zukünftigen Lehrkräfte in ganz Europa schaffen. Zunächst wird durch die Einführung der Solidarischen Gemeinschaftsschule die Unterscheidung in verschiedene Schultypen für das Lehramt wegfallen.

Anstelle der bisherigen engen Vorschriften der Lehramtsausbildung soll ein neues, zweistufiges System eingeführt werden. Dabei halten wir die universitäre Ausbildung aller Lehrer*innen für unverzichtbar. Zulassungsbeschränkungen, wie den NC, lehnen wir entschieden ab. Es müssen mehr Studienplätze geschaffen werden! Wir werden die Staatsexamensprüfungen abschaffen. Der erste Teil des Lehramtsstudiums schließt mit dem Bachelor of Education nach sechs Semestern ab und legt neben den fachbezogenen Studienanteilen einen Schwerpunkt auf die pädagogischen, psychologischen und didaktischen Aspekte. Es folgt nach vier weiteren Semestern ein an den Bachelor gekoppelter Master of Education, hier liegt der Schwerpunkt auf die fachbezogenen Studienanteile. Nach zehn Semestern werden Studierende als Lehrkräfte zugelassen mit Anrecht auf eine Vergütung, die den aktuellen Gymnasiallehrkräften entsprechen. Mindestens drei Praxissemester in Schulen sind verpflichtend, in diesen Praxissemestern soll darauf geachtet werden, dass die angehenden Lehrkräfte möglichst selbstständig und direkt im Unterricht arbeiten können. Studierende können flexibel festlegen, welche Semester Praxissemester werden. Sie können auch gebündelt zwischen B. Ed. Und M. Ed. absolviert sowie zu einem Teil im Ausland absolviert werden, ohne dass Nachteile entstehen. Praxissemester sind fest im Studienverlauf eingeplant, werden mindestens mit 60% des Einstiegsgehaltes vergütet und werden pro Semester ohne weitere Prüfungsleistungen mit 30 Leistungspunkten gutgeschrieben. Auch die fachlichen Schwerpunkte müssen neu gedacht werden, wenn die klassische Struktur der Schulfächer aufgehoben werden soll. Angehende Lehrkräfte werden nach wie vor Schwerpunkte wählen, beispielsweise eine oder mehrere Fremdsprachen, Mathematik, Naturwissenschaften und/oder Sozialwissenschaften. Auch hier bietet die Umstrukturierung viele neue Chancen, Lehramtsstudierenden mehr Wahl und Flexibilität zu ermöglichen und gleichzeitig die Qualität der Ausbildung zu verbessern. Digitale Kompetenzen und Medienkompetenz sollen in jedem Lehramtsstudium eine hervorgehobene Rolle im Lehramtsstudium spielen. Auch muss die Lehrer*innen-Ausbildung die Vermittlung dikriminerungskritischer Kompetenzen als zentralen Bestandteil beinhalten. Dies gilt zum einen für die angehenden Lehrkräfte selbst in ihrem eigenen Auftreten und Verhalten. Ebenso gilt es, die Lehramtsstudierenden zu befähigen, den Schüler*innen diskriminierungskritische Kompetenzen zu vermitteln.

Wir möchten gemeinsam mit dem Bündnis mit erfahrenen Pädagog*innen und LehramtsStudierenden ausarbeiten, wie eine Neuaufstellung des Lehramts in Bayern aussehen wird.

Um die Solidarische Gemeinschaftsschule in Bayern umsetzen zu können, initiiert die BayernSPD ein breites gesellschaftliches Bündnis in enger Abstimmung mit der Landtagsfraktion.

Dieses Bündnis soll folgende Fragen ausarbeiten:

- Notwendige Dienstleistungen und Ausstattungen der Schule, um gleichen Zugang zu Bildung und Ressourcen für alle Schüler*innen zu verwirklichen,
- Ausgestaltung von Schulfächern, Reduzierung des Leistungsdruckes und interdisziplinäres Lernen ungeachtet der üblichen Fächergrenzen,
- Weitreichende Maßnahmen zur Gleichstellung beruflicher und akademischer Bildung durch die Überwindung der momentanen elitären Leistungsgesellschaft,
- Kompensation möglicher Nachteile für Schüler*innen durch unilaterale Abschaffung von Schulnoten als Bewertungs- und Zeugnissystem,
- Forderungen der betroffenen Gruppen zur Ausgestaltung eines demokratischen Schulsystems mit echter Mitbestimmung der Schüler*innen,
- Erarbeitung eines Rahmens für einen angepasste Lehramtsausbildung,
- die rechtlichen Möglichkeiten und Grenzen eines Volksbegehrens zur Umsetzung der von uns und von dem zu schaffendem Bündnis.

Mit diesem Papier geben wir uns als Sozialdemokrat*innen und Sozialist*innen eine solide Arbeitsgrundlage, mit der wir für Gerechtigkeit und Solidarität für die Schüler*innen von heute

und morgen kämpfen wollen. Wir werden gemeinsam alle linken, progressiven und gewerkschaftlichen Kräfte in Bayern mobilisieren, um unsere Vision von einer gerechten, demokratischen und solidarischen Schule auf der Höhe der Zeit zu realisieren. Mit der

Solidarischen Gemeinschaftsschule sind wir gut aufgestellt für den nächsten Wahlkampf – mit ihr können wir beweisen, dass wir in Bayern gebraucht werden und nach den vorherigen, erfolgreichen Bürger*inneninitiativen auch dieses Mal erfolgreich sein können!

Mobilität

Im Rahmen der heutigen Ausbildungslandschaft wird von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein hohes Maß an Mobilität gefordert. Aber auch Berufsschüler*innen sind durch die duale Ausbildung mit dem Wechsel zwischen Arbeits- und Schulstätte und der vermehrten Konzentration von Ausbildungszweigen mit wenigen Bewerber*innen auf spezielle Berufsschulen einem immer länger werdenden Weg zur schulischen Ausbildungsstätte ausgeliefert. Da die dadurch entstehenden Kosten in den allermeisten Fällen von den Auszubildenden selbst getragen werden müssen, stellt dies einen unzumutbaren Zustand dar. Auch die Anbindung ist Frage von Teilhabe, deshalb kämpfen wir für einen umfassenden Ausbau aller ÖPNV-Möglichkeiten in Bayern, um diese zu sichern. Dabei setzen wir auf ein ineinandergreifenden und aufeinander aufbauendes ÖPNV Angebot. So beispielsweise die Anpassung der Taktung von Buslinien an die Fahrpläne der deutschen Bahn. Es gilt insbesondere, dass Angebote an die Bedürfnisse vor Ort angepasst eingerichtet werden. Deswegen setzen wir auf eine Mischung aus Schienenverkehr, regionalen ÖPNVVerbänden und individuellen Lösungen vor Ort, sowie dem Fahrrad als geeignetes Mittel für kurze Strecken.

Nicht nur Auszubildende müssen die Kosten des Fahrtwegs selbst tragen, dies gilt auch für Schüler*innen ab der 11. Klasse, welchen ebenfalls die kostenlose Schulbeförderung nicht mehr gewährt wird.Nicht nur die fehlenden Anbindungen, sondern auch hohe Ticketpreise sind Ursachen für die zu geringe Nutzung des ÖPNV. Dabei

bringt diese nachhaltige Mobilität viele Vorteile, wie mehr soziale Kontakte, mehr Entwicklungsmöglichkeiten, mehr Sicherheit und sie ist zudem umweltschonend. Deshalb fordern wir eine sozial-ökologische Wende im gesamten Verkehrssektor! Es müssen endlich alle verbliebenen Bahnstrecken elektrifiziert werden um Dieselloks aus dem Verkehr zu ziehen! Außerdem müssen alle Busse auf erneuerbare Energien, wie E-Mobilität und grünem Wasserstoff, umgestellt werden. Diese Umstellung muss sich auch auf den Individualverkehr beziehen, der durch den Ausbau von Ladestationen, die finanzielle Unterstützung bei der Anschaffung von E-Autos

und weitere Forschung im Bereich der Akkuentwicklung gefördert werden muss. Der Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor ist zwingend notwendig.

Ein bayernweites Ticket stellt so weit mehr als nur praktische Umverteilung zugunsten der geringsten Einkommensbezieher*innen dar. Gerade Azubis haben insgesamt weniger Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe als Studierende, die zumindest Zugang zu einem Studierendenticket in ihrer Stadt haben. Unser Ticket ermöglicht es jungen Menschen täglich kostengünstig zu pendeln und auch größere Distanzen zurückzulegen. Statt eines Flickenteppichs verschiedener Förderstrukturen, Zuschüsse und Preise brauchen wir eine einheitliche Landeslösung, die die Landesregierung mit den Tarifparteien und anderen beteiligten Akteur*innen, wie zum Beispiel auch den Arbeitgeber*innen, durchsetzt. Deshalb fordern die Jusos Bayern die Einführung eines bayernweiten Schüler*innen-, Auszubildenden- und Studierendentickets. Dieses muss Fahrten sowohl in den bayerischen Nahverkehrszügen als auch im örtlichen ÖPNV ermöglichen. Für Menschen,

(zu Fuß, mit dem Fahrrad, dem ÖPNV, der Bahn) viele Vorteile: Mehr soziale Kontakte, mehr Entwicklungsmöglichkeiten, mehr Sicherheit und umweltschonend – jeder Kilometer, der nicht mit dem Auto zurückgelegt wird, schont dadurch die Umwelt. Ein bayernweites Ticket stellt weit mehr als nur praktische Umverteilung zugunsten der geringsten Einkommensbezieher*innen dar. Das Ticket ermöglicht den finanziell Schwächeren, sich gesellschaftlich, kulturell und auch z.B. politisch besser einzubringen. Sich überall hin bewegen zu können, ist Teil gesellschaftlicher Teilhabe. An vielen Stellen sticht hervor, dass gerade Azubis insgesamt weniger Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe haben als Studierende, die bereits ein Studierendenticket innerhalb ihrer Kommune besitzen. Das Ticket könnte dem StadtLand-Gefälle entgegentreten und mehr besetzte Ausbildungsstellen durch höhere Mobilität ermöglichen. Als Flächenland gibt es in Bayern das große Problem, dass Regionen wie Augsburg, München oder Nürnberg einen großen „Überhang“ an Bewerber*innen haben. Hingegen bleiben gerade in ländlichen Regionen einige Ausbildungsplätze unbesetzt. Unser Ticket würde es jungen Menschen ganz praktisch ermöglichen, täglich kostenneutral zu pendeln und auch größere Instanzen zurückzulegen. Statt eines Flickenteppichs verschiedener Förderungsstrukturen, Zuschüsse und Preise brauchen wir eine einheitliche Landeslösung, die die Landesregierung mit den Tarifparteien und anderen beteiligten Akteur*innen, wie zum Beispiel auch den Arbeitgeber*innen, durchsetzt. Deshalb fordern die Jusos Bayern die Einführung eines bayernweiten Schüler*innen-, Auszubildenden- und Studierendentickets. Dies muss Fahrten sowohl in den bayerischen Nahverkehrszügen als auch im örtlichen ÖPNV ermöglichen. Für diese Personengruppe, die an der Grenze zu Bayern leben, aber in Bayern ihrer Ausbildung nachgehen, sind Übergangslösungen zu schaffen. Ziel ist es, den Weg vom Wohnort zu den Ausbildungsstätten durch das Ticket abzu decken.

Dies ist aber nur der erste Schritt auf unserem Weg in ein sozialistisches Bayern. Langfristig setzen wir uns für einen kostenlosen und fahrscheinlosen ÖPNV für alle ein.

Wohnen

Bezahlbarer Wohnraum ist knapp. Gerade in den Städten, die von arbeits- und ausbildungsbezogenen Zuzug profitieren, stellt sich für viele die Frage, ob sie sich das Wohnen in der Stadt noch leisten können. Die steigenden Mietpreise und der finanzkräftige Zuzug setzen eine Dynamik in Gang, die zur Verdrängung der normal- und geringverdienenden Bevölkerung zu führen droht. Längst ist diese Entwicklung nicht mehr nur auf die Kerngebiete der Städte begrenzt, sondern zieht sich weit hinein in ländlichere Gebiete. Immer weitere Wege müssen für die Suche nach bezahlbarem Wohnraum in Kauf genommen werden, denn weite Teile der Region in den Verbundräumen der europäischen Metropolregionen Nürnberg-Fürth-Erlangen und München erfahren Wachstum und in vergleichsweise gut erschlossenen Lagen wird bezahlbarer Wohnraum knapp.

In Artikel 106 Abs. 1 der bayerischen Verfassung wird der “Anspruch auf eine angemessene Wohnung” für jede*n Bewohner*in Bayerns unter den Grundrechten geführt. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden. Bayern muss endlich diesem Anspruch gerecht werden und für den Erhalt und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sorgen. Aus diesem Grundrecht geht für uns auch die Forderung hervor, dass kein Mensch bei der Wohnungssuche diskriminiert wird. Daher braucht es weitergehende gesetzlich gestützte Maßnahmen, als bisher. Ein Beispiel dafür sind anonymisierte Bewerbungsverfahren.

Mit der Mietpreisbremse und dem Mietspiegel wurde in den letzten Jahren schon einiges für die Mieter*innen erreicht. Allerdings bedürfen diese Instrumente noch weiterer Ergänzungen, um einen effizienten und sozialen Rechtsschutz zu gewährleisten.

Die Mietpreisbremse regelt, dass bei der Wiedervermietung von Wohnungen in Gebieten mit einem angespannten Wohnungsmarkt die zulässige Miete höchstens auf das Niveau der ortsüblichen Vergleichsmiete +10% angehoben werden darf. Welches Gebiet dabei eines mit „angespanntem Wohnungsmarkt“ ist, wird von den Ländern für jeweils maximal 5 Jahre bestimmt.

Dadurch entsteht jedoch ein undurchsichtiger Flickenteppich mit Orten, an denen die Mietpreisbremse gilt und Orten, die ausgenommen sind. Wird fordern daher, dass die Mietpreisbremse in Bayern künftig überall flächendeckend gilt und nicht nur in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt. Ebenso soll sich der Freistaat Bayern auf Bundesebene für Verbesserungen einsetzen. Neubauwohnungen, die erstmals vermietet werden, sind von der Mietpreisbremse ausgenommen, ebenso wie die erste Vermietung nach einer umfassenden Modernisierung. Dies dient der Investitionsförderung und soll Neubau und Modernisierung von Wohnungen fördern. Dabei ist klar, dass wir die Frage nach dem „ob“ einer solchen Förderung bejahen. Hinsichtlich des „wie“ fordern wir jedoch, dass diese Investitionsförderung nicht zu Lasten der Mieter*innen geschieht, sondern durch staatliche Investitionen und Unterstützungsmaßnahmen. Die Ausnahme von Neubauwohnungen und umfassend modernisierten Wohnungen von der Mietpreisbremse soll daher künftig nicht mehr bestehen und Investitionen stattdessen von staatlicher Seite ermöglicht werden.

Der Mietspiegel gibt einen Überblick über die „ortsübliche Vergleichsmiete“. Sie wird gebildet aus den üblichen Entgelten, die in der Gemeinde für Wohnraum vergleichbarer Art, Größe, Ausstattung, Beschaffenheit und Lage einschließlich der energetischen Ausstattung in den letzten – mittlerweile sechs – Jahren vereinbart worden sind. Dieser noch immer viel zu kurze Zeitrahmen und die Tatsache, dass im Mietspiegel nur Neuvermietungen berücksichtigt werden und nicht etwa bereits bestehende, meist wesentlich günstigere Mietverträge, kann die Realität jedoch nicht ausreichend widerspiegeln. Wir fordern daher, den für den Mietspiegel maßgeblichen Zeitrahmen über sechs Jahre auf mindestens 20 Jahre auszudehnen und im Mietspiegel nicht nur Neuvermietungen, sondern auch bereits bestehende Altverträge mit zu berücksichtigen.

Schließlich muss dem Verlust von Wohnraum durch Zweckentfremdung entgegengewirkt werden. Durch Internetplattformen wie Airbnb lässt sich durch eine zweckentfremdete und meist dauerhafte Nutzung als lukrative Ferienwohnung viel mehr Gewinn erzielen, als durch eine reguläre Vermietung als Wohnraum. Gleichzeitig ist die Gewerbesteuer eine der wichtigsten Einnahmequellen von Gemeinden, so dass die Gefahr einer Umwandlung von Wohnraum in Gewerbeflächen besteht. Der dringend benötigte Wohnraum wird dadurch weiter reduziert. Um Wohnraum zu schützen und gleichzeitig die kommunale Selbstverwaltung zu wahren, sind Zweckentfremdungen von Wohnraum nur nach Genehmigung durch die Gemeinden möglich. Dies gilt jedoch nur, wenn die jeweilige Gemeinde dies ausdrücklich durch Erlass einer Satzung geregelt hat. Ist dies nicht geschehen, kann der Wohnraum je nach Belieben der Eigentümer*innen umgenutzt werden. Dadurch besteht eine Gefahr der Verdrängung von Mieter*innen aus ihren Wohnungen wegen meist profitablerer Gewerbemietvertragseinnahmen oder spekulativen Leerstand sowie eine uneinheitliche und undurchsichtige Rechtslage je nach Gemeindegebiet. Wir fordern eine bayernweit einheitliche Regelung, nach der das Genehmigungserfordernis der Gemeinden flächendeckend besteht und die weitere Verschärfung des Strafmaßes bei Verstoß gegen die Regelungen der Zweckentfremdungssatzungen. Leerstehender oder zweckentfremdeter Wohnraum soll durch die Gemeinden zwangsweise wiedervermietet werden können. Dabei soll eine soziale Bindung der Mieten etabliert werden um einen etwaigen spekulativen Mietanstieg zu vermeiden.

Daher fordern wir:

> Flächendeckender Einsatz der Mietpreisbremse

> Streichung der Ausnahmetatbestände “möblierte Wohnung” und “Neubau” für die Gültigkeit der Mietpreisbremse

> Weiterentwicklung des Mietspiegels, sodass dieser nicht länger den bedingten, erwarteten

Mietpreis der in den letzten vier Jahren neuvermieteten Wohnungen im freifinanzierten Wohnungsbau mit Ausnahme von Ausreißern darstellt, sondern durch Einbeziehung von Bestandsmieten auch im nicht gewinnorientierten Wohnungsbau den tatsächlichen Mietpreis vergleichbarer Wohnobjekte abbildet. Zur Etablierung allgemeiner, gerichtlich anerkannter wissenschaftlicher Maßstäbe zur Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels ist ein Standard-Modellrahmen durch das Statistische Bundesamt zu erarbeiten, welcher als Vorlage für das

Erstellen von Mietspiegeln dienen soll. Ferner ist die Möglichkeit, anstelle des Mietspiegels die Vergleichsmiete

gutachterlich durch Mitteln der Mieten sog. vergleichbarer Objekte bei Existenz eines qualifizierten Mietspiegels zu streichen.

> Verschärfung des möglichen Strafmaßes für Zweckentfremdungen, Transparenz und effektive

Nachverfolgung und zentrale Wiederbelegung zweckentfremdeten Wohnraums unter sozialen Bindungen durch die Kommunen.

Eine der größten Herausforderungen in der Wohnungspolitik stellt die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum dar. Die Zahl der Menschen, derer Einkünfte nicht mehr ausreichen, um die hohen Mietpreise zu bezahlen oder sich gar Wohneigentum zu erarbeiten, steigt stetig. Für viele Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen wird es immer schwerer, in den bayerischen Städten und Gemeinden noch bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Und selbst dann, wenn nach langer Suche geeigneter Wohnraum gefunden wurde, geht ein unverhältnismäßig hoher Prozentanteil des monatlichen Einkommens für die Zahlung der Miete drauf. Die Wohnungspreise in München gehören sogar zu den höchsten in Deutschland und auch längerfristig ist auf dem Wohnungsmarkt im Freistaat mit keiner Entspannung zu rechnen. Eine zentrale Maßnahme, um gegen die Wohnungsnot in Bayern vorzugehen, ist ein Anstieg der Bautätigkeit. Daher muss in den nächsten Jahren von staatlicher Seite ein erhöhtes Engagement gezeigt werden und der Neubau vieler bezahlbarer Wohnungen mit finanziellen Mitteln gefördert werden. Dabei sind insbesondere die Kommunen bei der Schaffung oder der Ausweitung von sozial gefördertem Wohnraum im Kommunalen Bestand zu unterstützen. Der Verkauf tausender GBW Wohnungen im Zuge der Pleite der Landesbank an ein privates Investorenkonsortium war ein fataler Fehler und verantwortlich für den Wegfall großer Bestände bezahlbaren Wohnraums. Die eingegangenen Sozialverpflichtungen haben sich fortlaufend als leere Versprechungen erwiesen. Wo der Freistaat nicht selber aktiv wird sollen Flächen im staatlichen Besitz den Kommunen zweckgebunden für sozialen Wohnungsbau verbilligt zur Verfügung gestellt werden. Die von der Immobilienverwaltung des Freistaates betreuten Liegenschaften sollen nicht mehr veräußert werden und nur an öffentlich-rechtliche Körperschaften oder zu 100% kommunalen Unternehmen zu einem deutlich reduzierten Preis für gemeinnützige, soziale Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

Insbesondere auch für Junge Menschen fehlt es in Bayern an bezahlbaren und an ihre Bedarfe angepassten Wohnraum. Hier muss staatliche Förderung ansetzten um Jungen Menschen, Student*innen, Auszubildenden und jungen Arbeitnehmer*innen einen Start in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Grade ihnen fällt es oft besonders schwer sich auf dem Wohnungsmarkt überhaupt zu versorgen, sind doch häufig hohe Bürgschaften und Kautionen zu stellen sowie unbefristete Festanstellung Voraussetzung für den Zuschlag zu einer Wohnung.

Daher muss das Landesförderprogramm “Junges Wohnen”, das die zweckgebundene Errichtung von bedarfsgerechtem Wohnraum für junge Menschen insbesondere durch kommunale und gemeinnützige Träger ermöglicht, weiter ausgebaut und in Abstimmung mit Konzepten wie dem Studierendenwerk oder einem derzeit noch in Planung befindlichen Azubiwerk stehen. Für all diese Konzepte muss der Freistaat weitere finanzielle Fördermittel unkompliziert zur Verfügung stellen.

. Auch müssen die Investitions- und Erhaltungskostenzuschüsse für Auszubildenden und Blockschulwohnheime durch die Landesebene wieder eingeführt und erhöht werden, um die angemessene Unterbringung von Berufsschulpflichtigen während ihrer Schulzeiten sicherzustellen.

Daher fordern wir:

> Förderung und Unterstützung der Gemeinden bei der Schaffung sozial geförderten und preisgedämpften Wohnraums

> Förderung von Genossenschaften und Unterstützung von Genossenschaftsneugründungen

> Ausbau des Förderprogramms “Junges Wohnen” für zweckgebundenden kommunalen oder gemeinnützigen Wohnungsbau

> Verbesserung der Ausstattung der Studierendenwerke

> Förderung von Projekten zur Schaffung von Wohnraum für Auszubildende

> Wiedereinführung eines Investitions- und Erhaltungskostenzuschusses für Auszubildenden- oder Blockschulwohnheime

> Den Ausbau des Diskriminierungsschutzes auch bei der Wohnungssuche. Dafür sollen die zuständigen Regierungen Expert*innen-Kommissionen einsetzen, die herausarbeiten, welche Maßnahmen hierzu möglich sind – und die Ergebnisse dann auch umsetzen.

M Migration und Integration

M Migration und Integration

M-1	Jusos Unterfranken	Die Förderung für Migrant*innenorganisationen Neue Deutsche Organisationen überdenken und verbessern!	33

M-1

Titel	Die Förderung für Migrant*innenorganisationen Neue Deutsche Organisationen überdenken und verbessern!
Antragsteller*innen	Jusos Unterfranken
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag

Die Förderung für Migrant*innenorganisationen Neue Deutsche Organisationen überdenken und verbessern!

1. Strukturen und Bedürfnisse in den Förderrichtlinien wiedergespiegelt werden
2. Eine Erweiterung der strukturelle Förderung von MOs und NDOs auf Bundesebene und das Versehen mit einem eigenen Titel beim Haushalt
3. Eine direkte Partizipation von MOs und NDOs an der Regelförderung. Nicht nur im Integrationsbereich, sondern auch als Träger der Regelangebote der sozialen Arbeit, wo ein hohes Potenzial gegeben ist
4. Eine Finanzierung von Kompetenzzentren für MOs und NDOs. In diesen Stellen bekommen die Organisationen Hilfe bei der Beantragung von Fördergeldern und der Abwicklung von Projekten.

Der Bund soll sich an den Kosten für die Einrichtung solcher Servicestellen beteiligen. Als

Beispiel kann hier das vom BAMF geförderte House of Ressources herangzogen werden

Eine Nennung von MOs und NDOs als ausdrückliche Zielgruppe der Förderung. In rund 294

Förderprogrammen des Bundes und der Länder für Vereine und Verbände im Bereich der

Integration, die auf der Bundesförderdatenbank zu finden sind, werden MO nur in 13 Förderprogrammen explizit als Antragsberechtigte benannt

Eine Ausweitung des vom BAMF ausgehenden Programms „Strukturförderung von

Migrantenorganisationen auf Bundesebene“, bei dem bisher nur eine kleine Anzahl an

Organisationen beim Aufbau von Strukturen gefördert wird und das mit einer Befristung auf zwei Jahre zu kurz greift

Jede vierte Person hatte 2018 einen Migrationshintergrund in Deutschland – das sind 20,8

Millionen Menschen. Genauso wie die Bevölkerung Deutschlands ist auch die Geschichte des Landes von Migration geprägt. Migration ist daher kein Ausnahmefall, sondern Lebensrealität von vielen Menschen. Migrant*innenorganisationen (MO) und Neue Deutsche Organisationen (NDO) sind so vielfältig wie die Gesellschaft Deutschlands und tragen mit ihrem Engagement zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Sie sind ein Ausdruck einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft und fester Bestandteil der politischen Landschaft.

MOs und NDOs bieten auf lokaler Ebene soziale Dienstleistungen an, führen Maßnahmen der Jugendsozialarbeit und Jugendhilfe durch, sind aktiv in der Gesundheitsförderung und Integration in den Arbeitsmarkt. Sie bieten Personen mit Einwanderungsgeschichte die Möglichkeit, ihre Anliegen zeitnah und kulturell sensibel zu lösen. Das wurde und wird eindrucksvoll in der Unterstützung der Menschen, die bei uns Zuflucht gesucht haben, gezeigt.

Viele Organisationen tragen ihre Aktivitäten auf rein ehrenamtlicher Basis – es gibt kaum Organisationen mit hauptamtlicher Struktur und wenn dann meistens nur auf Projektbasis finanziert und damit finanziell nicht längerfristig gesichert. MOs und NDOs wurden sehr lange aus der Förderung faktisch ausgeschlossen, werden auf der anderen Seite aber von einigen

Kommunen und auf Bundesebene mit allen möglichen Anfragen und Terminen überschüttet, ohne dass dabei tatsächlicher Zugang zu Ressourcen stattfindet. Viele Akteur*innen nehmen sie nur als Zugangstor zu bestimmten Zielgruppen wahr.

Damit MOs und NDOs ihre Arbeit fortsetzen können, müssen Verantwortliche auf Bundes- und Landeseben Schritte unternehmen, um Förderstrukturen stärker für MOs und NDOs zu öffnen und ihre längerfristige Finanzierung garantieren.

N Netzpolitik und Digitales

N Netzpolitik und Digitales

N-1 Jusos Oberbayern Big Tech zerschlagen 36

N-1

Titel	Big Tech zerschlagen
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz

Big Tech zerschlagen

Wir sind die erste Generation, die mit der Digitalisierung aufgewachsen ist. Und innerhalb weniger Jahrzehnte hat die Digitalisierung alle Lebensbereiche verändert. Die Begeisterung und Euphorie über die anarchischen Möglichkeiten der Anfangsjahre sind aber fast genauso schnell einer Art kapitalistischen Realismus gewichen. Die zentrale Frage ist nicht mehr „Wie kann man das nutzen?“ sondern „Wie lässt sich damit Geld verdienen?“. Die Kommerzialisierung der Digitalisierung hat letztendlich zu einer Beschleunigung der Ungleichheit geführt, da Geld von wenigen Menschen mit einer kleinen Infrastruktur und wenigen Beschäftigten verdient werden kann. Hinter dieser Ungleichheit steht jedoch nicht nur eine ökonomische Ungleichheit, sondern auch eine Ungleichheit an Macht. Wenige Menschen beherrschen die Algorithmen, die bestimmen zu welchen Informationen wir Zugang haben, die unsere private Kommunikation überwachen und die die freie Meinungsäußerung im Internet regulieren. Die meisten dieser Bereiche sind für das Funktionieren einer freien Gesellschaft zentral. Gleichzeitig haben sich Monopole (Social Media, Betriebssysteme, Onlinehandel) durch die größten Firmen der Welt gebildet. Von diesen „Big Tech“-Firmen ist unsere Gesellschaft mehr oder weniger abhängig. Wir Jusos sind der festen Überzeugung, dass diese Macht und

Abhängigkeit von wenigen Firmen aufgebrochen werden muss. Wir glauben zum einen, dass keine Instanz in unserer Gesellschaft so viele Informationen wie „Big Tech“ über einzelne Menschen haben darf. Zum anderen sollte über Infrastruktur, die zentral für unsere Gesellschaft ist, demokratische entschieden werden. Dieser Antrag hat zum Ziel auf die Geschäftspraktiken und die Macht von „Big Tech“ aufmerksam zu machen und einen möglichen Weg zu zeigen, wie diese Macht aufgebrochen werden kann.

Daten

Die Möglichkeiten und Freiheiten der neuen Technologie der Anfangsjahre sind zunehmend von wirtschaftlichen Interessen verdrängt worden. Nicht die Nützlichkeit der Technologie im Dienste der Menschen wurde verfolgt, sondern nur der Nutzen für die Anhäufung von Kapital.

Dabei ist es gelungen, eine ganz neue Verwertungslogik im Kapitalismus zu etablieren. Nicht mehr Öl, Metall oder Holz dienen als Rohstoff für die Produktion, sondern gänzlich der Mensch. Genutzt wird der Rohstoff des Verhaltens. Durch die Interaktion im Digitalen erzeugen wir einen Verhaltensüberschuss (Mehr Daten werden erhoben, als zur Verbesserung des Dienstes nötig sind). Diesen übertragen wir von außerhalb des Marktes durch nicht– marktliche Interaktion wie die Nutzung von Facebook in einen Rohstoff (Erzeugung von Daten, welche überwacht und ausgewertet werden können). Dieser wird zur Fabrikation von Produkten genutzt, indem das Verhalten an Werbetreibende verkauft wird. Es wird also aus dem Nichts und mit keinerlei Kosten für die Menge (Grenzkosten) ein Rohstoff erzeugt, welcher außerhalb des Marktes durch die Onlinenutzung generiert wird. Zu Beginn der Digitalisierung war dieser vermeintliche Rohstoff nur ein Nebenprodukt der Nutzung von z. B. Websuchen. Mittlerweile zielt die Technologie darauf ab, möglichst viele dieser Daten zu beschaffen. Parallel hat sich ein Marktplatz entwickelt, der das Produkt der Vorhersage und Auswertung von Daten handelt. Daraus haben sich in vielen

(Geschäfts–)Bereichen des Internets Monopole gebildet. Die Macht speist sich vor allem aus dem Zugriff auf Daten und der technologischen Möglichkeit, diese zu verwerten und kommerziell auszubeuten. Wir sind dabei die Mittel zu anderer Leute Zweck. Wir sind die Objekte, aus denen die Tech– Firmen unrechtlich den Rohstoff für die Produktion von Daten bezieht. Verdient wird dabei durch den Verkauf an die eigentliche Kundschaft. Wir

sehen in diesem Zusammenhang vor allem die Ausbeutung durch die Umwandlung unseres Lebens in Verhaltensdaten. Dies kann auch nicht aufgewogen werden durch ein Entgelt für Nutzer*innen, welche den Rohstoff für das System liefern. Vielmehr sehen wir Jusos die Frage der Beschneidung unserer Selbstbestimmung im Mittelpunkt. Aktuell stehen wir am Beginn eines kapitalistischen Wandels, der aus der Nutzung von

Onlinediensten Daten sammelt, welche Vorhersagen ermöglichen, die sich am Markt für künftiges Verhalten verkaufen lassen. Das Recht, selbst über die eigenen Daten verfügen zu können, ist für uns Jusos ein fundamentales Recht, dass in Deutschland derzeit nicht ausreichend umgesetzt wird. Letztendlich beinhaltet dies wesentliche Punkte der Freiheit und der Selbstbestimmung: Ein Mal geäußerte Meinungen dürfen revidiert werden, sexuelle Vorlieben sollten nicht von Fremden gespeichert und kommerziell ausgebeutet werden, die Kommunikation mit Freund*innen/ Verwandten sollte diesen vorbehalten sein und auch Bewegungsprofile (Wo geh ich wann hin, also auch sensible Dinge wie Arztbesuche) sollten nicht erhoben werden können. Und selbst wenn man damit einverstanden ist, sollte dies nur unter der Bedingung völliger Transparenz geschehen. Also dem Wissen, welche Daten gesammelt werden. Außerdem sollte es eine effektive Möglichkeit geben, dieses Einverständnis wieder zurückzunehmen.

Werbung

Aus dem Rohstoff Daten werden im Marktsystem Werbeinformationen generiert, die zur Monetarisierung bei vielen „Internet"-Firmen führt. Fast alle Firmen, die eine Dienstleistung „umsonst" anbieten, finanzieren sich so.

Dieses Geschäftsmodell beruht auf dem Prinzip, zunächst so viele Daten wie möglich zu sammeln. Diese Daten werden dann zum einen für jede*n User*in zu einem Profil zusammengefasst, zum anderen werden aus den Daten aller User*innen Verhaltensvorhersagen getroffen. Diese Verhaltensvorhersagen werden dann dazu verwendet, möglichst präzise Verhaltensänderungen herbeizuführen, indem die Werbung zum Kauf eines Produktes führt. Es ist nahezu unmöglich, sich dieser Überwachung zu entziehen. Auch wenn selbst keine Google– und Facebook– Produkte verwendet werden, ist es wahrscheinlich, dass Menschen im Umfeld diese Produkte nutzen. Dies führt dazu, dass man z. B. bei der Einwahl in dasselbe WLAN erkannt wird und die Interessen des Gegenübers vorgeschlagen bekommt.

Um den oben aufgeführten Zustand zu verändern, fordern wir:

a)Welche Daten werden gesammelt: Zum einen weiß der*die herkömmliche Internetnutzer*in nicht, welche Daten gesammelt werden. Jede Datenschutzerklärung zu lesen, übersteigt die Ressourcen und Kompetenz der allermeisten Menschen. Auch werden in den meisten Datenschutzerklärungen nur vage Blankoschecks ausgestellt, sodass prinzipiell alle Daten gesammelt werden können. Es ist jedoch oft nicht klar, welche Daten genau gesammelt werden.

b) Datennutzung: Es ist unklar, welche Schlüsse aus den Daten gezogen werden. Dies ist unethisch, da es den Menschen die Freiheit nimmt, selbst darüber zu bestimmen oder zu erfahren, auf welche Art und Weise sie spezifisch beeinflusst werden sollen. Informiertheit und Transparenz sind fundamentale Prinzipien. Google und Facebook sammeln dabei viel mehr und präzisere Daten.

- Ein Recht zu erfahren, welche Schlüsse aus den eigenen Daten gezogen werden.
- Ein Recht darauf zu erfahren wie und an wen Daten verkauft werden. Es reicht nicht zu wissen, dass Daten für Werbung verwendet werden, sondern es sollte auch klar sein, an welchen Werbenden diese verkauft werden.
- Widerspruchsrecht zum Verkauf der Daten.

c) Speicherung der Daten: Diese Daten werden oft in den USA gespeichert (was grundsätzlich kein Problem wäre) und entziehen sich dadurch jeglicher demokratischer Kontrolle für z. B.europäische Anwender*innen. Aufgrund der Rechtslage in China, USA, Russland und anderen Ländern werden Daten vom Geheimdienst genutzt und abgezogen.

Der Ort der Server muss für Nutzer*innen ersichtlich sein.

Wir fordern, dass die Datenspeicherung in Europa geschehen muss.

d) Minimierungsgebot der Datenspeicherung: Es werden bei den allermeisten Produkten alle Daten gesammelt und nicht nur diejenigen, die zum Betrieb eines Produktes notwendig wären. Es gibt jedoch in den meisten Fällen keine Möglichkeit, beim Datenschutz transparent zwischen unterschiedlichen Graden des Datensammelns zu entscheiden. Da mittlerweile sehr viele Produkte Daten sammeln (sog. „Smarte Produkte“) bleiben nach und nach weniger Möglichkeiten für Konsument*innen, tatsächlich frei über ihren eigenen Datenschutz zu bestimmen. Auch ein zeitweises „Opt-out“, also das zeitweise Unterbinden von Datensammeln, ist in vielen Datenschutzerklärungen nicht möglich.

- Wir fordern, dass es in der Datenschutzerklärung die Möglichkeit gibt, das Datensammeln auszusetzen oder für bestimmte Bereiche zu unterbinden.

e) Abhängigkeit: Da wir in vielerlei Hinsicht abhängig von diesen Firmen sind, da fast alle sie benutzen und Anwender*innen bestimmter Produkte sind, können wir nicht frei entscheiden, welche Daten gesammelt werden und welche nicht.

- Verpflichtung der Hersteller*innen zur Interoperabilität.

f) Wer sammelt Daten: Daten werden auch von Nicht-Anwendern*innen gesammelt, z. B. über Cookies von Drittanbieter*innen oder Cookies, die in Werbung integriert sind.

- Wir fordern, dass die Weitergabe von personenbezogenen Daten an Dritte zur kommerziellen Nutzung verboten werden soll.
- Bei der Weitergabe von Daten an Dritte, die von der bisherigen Zustimmung abweicht, muss gesondert zugestimmt werden

g) Sanktionen bei Datenschutzvergehen: Gravierende Datenschutzverletzungen, die immer wieder durch Skandale wie zum Beispiel Cambridge Analytica oder auch die Enthüllungen von Edward Snowden aufgedeckt wurden. Zum Beispiel, dass große Techfirmen mit US– Geheimdiensten kooperierten. Diese haben scheinbar keine Konsequenzen. Europäische Datenschützer*innen und Gerichte haben wenig rechtliche Handhabe und wenige Kompetenzen.

- Persönliche Haftung von Manager*innen.
- Möglichkeit der Sammelklage.
- Klagerecht am Ort des Anwenders, nicht am Ort der Datenspeicherung

h) Weitergabe von Daten: Daten werden oft gehandelt und an Dritte weitergegeben. Dies ist besonders problematisch, da immer mehr Geräte Daten sammeln und so eine immer systematisiertere Überwachung stattfindet. In Summe führen alle diese Punkte dazu, dass nach und nach das Recht auf Datenschutz ausgehöhlt wird. Das hat nicht nur individuelle

Konsequenzen, sondern auch gesellschaftliche. Google und Facebook haben immer mehr Wissen über die Gesellschaft und gesellschaftliche Prozesse. Dieses Wissen wird dabei einzig und alleine zur kommerziellen Ausbeutung genutzt. Dabei kann dieses Wissen auch für die Beeinflussung von Wahlen verkauft werden. Nach und nach werden mehr Daten erschlossen. Für uns ist klar, dass Daten nur zur Verbesserung der Anwendung genutzt werden dürfen.

Wir Jusos fordern darüber hinaus:

- Das Datenrecht soll sich auf die geographische Lokalisierung des*r jeweilige*n Anwender*in beziehen und nicht auf die geographische Lokalisierung des Anbieters.
- Erweiterung des Datenschutzes: Grundsätzliches Recht, nicht nur zu wissen, welche Daten gespeichert werden, sondern auch welche Schlüsse aus den eigenen Daten erhoben werden; Diese Informationen müssen jederzeit zur Verfügung gestellt werden; Jeder einzelne „Schluss“ über eine Person muss von der Person unterbunden werden können.
- Eine strengere Haftbarmachung von Manager*innen und verantwortlichen Personen, bis hin zu Freiheitsentzug bei großen Datenschutzverletzungen.

- Die Einführung von Sammelklagerechten und Schadenersatzforderungen bei Datenschutzbruch. Die Schadenersatzforderungen sollten sich am möglichen Gewinn durch illegale Datenerhebung orientieren. Da auch kleine Datenschutzverletzungen (für das Individuum) enorme kommerzielle Auswirkungen haben können
- Verbot der Sammlung von Daten, die nicht nutzungsbezogen sind.

Große Tech-Firmen zerschlagen

Plattform– Unternehmen sind Unternehmen, die eine Infrastruktur anbieten um Nutzer*innen mit

Anbieter*innen zu verbinden. Sie treten als Vermittler*innen auf und bieten eine (digitale)

Infrastruktur an. Beispielsweise vermittelt Facebook Kommunikation zwischen zwei Menschen, Google vermittelt Informationen, Amazon Kaufgeschäfte. Allen Plattformen ist gemein, dass sie nahezu uneingeschränkt das Monopol über die jeweilige Vermittlung innehaben. Während der Kapitalismus immer eine Tendenz zum Monopolkapitalismus hat, sind die digitalen Plattform– Unternehmen Monopolkapitalismus auf Steroiden. Plattform– Unternehmen werden in der Regel erst ab einer gewissen Größe (Skaleneffekt) bzw. Anzahl von Nutzer*innen (Netzwerk– Effekt) profitabel. Das heißt: Erst wenn viele Menschen auf einer Social– Media– Plattform sind, wenn viele Pakete verschickt werden oder viele Daten gesammelt werden, können Vorteile und Gewinne erzielt werden. So kommt es, dass Amazon fast den kompletten Onlinehandel kontrolliert,

Facebook nahezu unsere gesamte Onlinekommunikation und Google unseren Zugang zu

Informationen. Dabei werden nicht nur gigantische Gewinne erzielt, sondern befinden sich große Teile an kritischer Infrastruktur und Wissen in den Händen weniger Firmen. Die Monopolstellung wird dabei u. a. durch folgende Methoden missbraucht.

a) Flaschenhals-Effekt: Auf einem Bildschirm können nur eine begrenzte Anzahl an Informationen dargestellt werden und die Nutzer*innen haben eine begrenzte Zeit. Die Platzierung und Priorisierung von Resultaten haben einen wesentlichen Einfluss auf Klickzahlen.

Die meisten Plattform– Unternehmen sind selbst auch Anbieter*innen von Produkten, welche auf den eigenen Plattformen bevorzugt platziert werden können. Beispielsweise konkurrieren App– Anbieter*innen oftmals mit hauseigenen Dienstleistungen von Apple und Google, sind aber gleichzeitig auf den App– Store von iOs oder Android angewiesen. Sie sind hier als

Fremdanbieter*innen Konkurrent*innen und Kund*innen gleichzeitig. Neben der systematischen

Besserstellung der eigenen Anwendungen gibt es darüber hinaus den Tech– Firmen die

Möglichkeit, erst mit den Konkurrent*innen zusammenzuarbeiten, die Innovationen und das

Wissen zu sammeln und diese dann zu verdrängen. Besonders besorgniserregend sind die Entwicklungen im Bereich Cloud– Computing, welches sich zunehmend auf wenige große Anbieter und Plattformen zentralisiert. Hier bahnen sich ähnliche Konflikte im Kampf um das Monopol an. Es ist davon auszugehen, dass die Nutzer*innen dabei das Nachsehen haben werden.

b) Kopieren von Ideen: Den Monopolisten können neue Netzwerke nur durch ein innovativeres Angebot gefährlich werden. Es ist üblich, dass die Giganten Start– ups aufkaufen, bevor sie eine kritische Größe erreichen. Ist ihnen das nicht möglich, kann es auch sein, dass Features geradeweg kopiert werden. Ein Beispiel dafür ist die Übernahme des Markenzeichens der Konkurrenz– App SnapChat durch Facebook. Die Möglichkeit Bilder, die nach kurzer Zeit wieder verschwinden, wurde auf alle Anwendungen des Facebook– Konzerns (WhatsApp, Instagram, Facebook) ermöglicht.

c) Wettbewerber*innen zur Kooperation zwingen: Durch die Monopolstellung können Plattform– Unternehmen Wettbewerber*innen zwingen zu kooperieren, um nicht Nachteile in Kauf zu nehmen. So steht die Restaurantbewertungs– App Yelp in der Kritik, weil sie die Bewertungen für Restaurants, welche Geschäftskunden sind, besserstellt. Dies wird vom Unternehmen auch so an Restaurantbesitzer*innen kommuniziert. Mutmaßlich sollen Restaurants durch vornehmlich schlechte Bewertungen zur Kooperation gezwungen worden sein. Diese Geschäftspraktiken sind nicht weniger als erpresserisch.

d) Aufkaufen von konkurrierenden Firmen: Neben dem Aufkaufen der direkten Konkurrenz nutzen die Konzerne ihre Finanzstärke auch, um sich weitere Plattform– Unternehmen mit

Monopolstellung in anderen Bereichen einzuverleiben. Facebook hat Instagram und Whatsapp, Google hat Youtube geschluckt. Da diese Firmen eine so dominante Rolle haben, ist es für sie sehr leicht weiter zu expandieren und führt so langfristig zur weiteren Monopolisierung.

e) Rechenkapazität und Programmierung: Durch die Anforderungen, die sich durch moderne KI– Anwendungen ergeben, entsteht ein weiterer Vorteil der etablierten Monopolist*innen. Mehr

Daten, eine gute Infrastruktur und große Geldreserven ermöglichen es, aufwendige

Rechenoperationen zu stemmen. Diese Hürde wird mit wachsender Komplexität der Auswertung der Kund*innendaten zunehmend schwieriger für konkurrierende Start– ups.

f) Vordringen in immer neue Geschäftsbereiche: Die finanziellen Ressourcen, die digitale Infrastruktur und Daten ermöglichen es den digitalen Unternehmen in immer neue Geschäftsbereiche vorzudringen und so zu ermöglichen, dass ein Unternehmensbereich quersubventioniert wird bis er profitabel ist. Das beste Beispiel hierfür ist das Cloud-Computing, was sich zu einem der profitabelsten Geschäftsbereiche entwickelt hat. Auch hier zeigt sich eine beängstigende Entwicklung: Privat geführte Unternehmen haben die Kontrolle über weite Teile der Infrastruktur der Digitalisierung.

Zur Übermacht der Tech– Monopolisten kommt hinzu, dass auch die Konzerne auch intern von wenigen Einzelpersonen dominiert werden. So hat Mark Zuckerberg mit einem 24% Unternehmensanteil 60% der Stimmrechte via Vorzugsaktien und kann damit alleine die

Firmenpolitik und auch die Mehrheit des Aufsichtsrats bestimmen. Bei Google kontrollieren drei

Personen 60% der Stimmanteile mit nur 13% Aktienanteilen, bei Amazon hat Jeff Bezos mit einem

Anteil von 16% vollständige Kontrolle über die Firmenpolitik. Die konzentrierte Macht der großen Internetfirmen bedeutet auch konzentrierte Macht in den Händen weniger Menschen. Der Umsatz der vier großen Tech– Firmen ist größer als das BIP vieler Länder. Daraus resultiert auch ein Lobby– Druck, welcher es für kleine Staaten äußerst schwierig macht, regulatorisch tätig zu werden. Absichtserklärungen, etwa von Facebook gegenüber Deutschland im Rahmen der Strafverfolgung von Beleidigungen, blieben meist folgenlos.

Eine Zerschlagung stellt letztlich eine Verteilung der Vermögen an Tech– Unternehmen auf vielfältige Eigentümer*innen dar und stellt damit eine Konkurrenzsituation sicher.

Forderung

- Die Jusos fordern eine Verschärfung des Wettbewerbsrechts. Innerhalb der Plattformen müssen die Vermittler*innen transparent darlegen, wie Empfehlungen oder Bewertungen Zustandekommen. Werbung darf zwar über die Plattform geschaltet werden, darf sich aber nicht in Such– und Empfehlungsalgorithmen wiederspiegeln und muss klar davon abgegrenzt sein. So darf die Google– Suchmaschine weiterhin Werbeplätze zur Verfügung stellen, diese müssen allerdings abseits der Google– Suchergebnisse präsentiert werden.

- Die Plattform– Unternehmen dürfen ihre Vermittler*innenrolle nicht missbrauchen, um durch Scheinselbstständigkeit Arbeitsrechte zu unterlaufen. Auch für Nutzer*innen bzw. Kund*innen darf die Plattform nicht hinter bestehende Rechte, z. B. für Hotelgäste, zurückfallen.

- Durch eine Verschärfung des Kartellrechts müssen die Konglomerationen von Plattformen voneinander gelöst werden und auch in der Eigentümer*innenstruktur diversifiziert werden. Die Plattforminfrastrukturen der großen Tech– Firmen sollen vom Rest des Konzerns getrennt werden. Anbieter*innen auf der Plattform und Betreiber*innen der Plattformen müssen unterschiedliche Eigentümer*innen haben. Dies schließt App– Stores mit ein. Anbieter*innen von Cloud– Computing soll untersagt werden, in anderen Geschäftsfeldern aktiv zu sein. Daten, die auf einer Plattform gesammelt werden, dürfen nicht integriert werden.

- Wir fordern umfassende Normen der Digitalisierung, die eine Interoperationalität von verschiedenen Anwendungen erleichtern und so Vorteile für Nutzer*innen erhalten lässt, aber auch die Möglichkeiten der Integration für neue Anbieter*innen erleichtern.

Neben der Zerschlagung der bestehenden \“Big Tech\“ Plattformen, setzen wir uns als Jusos gleichzeitig auch für eine Förderung von Alternativen ein, da das eine nicht ohne das andere funktionieren kann. Durch Förderprogramme und Unterstützung für öffentlich– rechtliche, zivilgesellschaftlich organisierte oder genoss*innenschaftliche Plattformen hoffen wir, dass datenschutzfreundlichere und stärker gemeinwohlorientierte – statt rein profitorientierte – Projekte das für die Relevanz der Plattform notwendige Nutzer*innen– Wachstum erfahren.

Steuern

Die großen Internetfirmen zahlen wie auch andere Großunternehmen kaum Steuern. Durch die Digitalisierung sind nicht nur unglaubliche Vermögen und die größten Firmen der Welt

entstanden, sondern diese Firmen tun dies mit relativ wenig Kapitaleinsatz und Mitarbeiter*innen (Im Vergleich zu Firmen aus der Industrieproduktion, mit vergleichbarer Größe). Die schon bestehende Ungleichheit wird durch die Digitalisierung noch einmal verschärft. Gleichzeitig beteiligen sich diese Unternehmen kaum am Steueraufkommen. „Online– Konzerne“ nutzen dabei nicht nur die üblichen Schlupflöcher (wie die meisten großen Firmen), sondern den Firmen gelingt es steuertechnisch so zu tun als ob „Digitale Gewinne“ nicht geographisch verortbar seien. Das Argument ist, dass Google ja keine Betriebsstätte in Deutschland hat, zumindest keine über die die Anzeigen abgerechnet werden. Digitale Umsätze und Gewinne müssen dort besteuern werden, wo sie erzielt werden. Das heißt: der Gewinn aus einer Werbung, die auf einen Menschen aus Land X abzielt, sollte auch in Land X versteuert werden. Selbiges gilt für Produkte (z. B. Amazon, Apple) oder Dienstleistungen (z. B. Uber).

Die Jusos fordern:

- Das Steuerrecht auf Europäischer Ebene so zu ändern, dass im Internet erzielte Gewinne dort besteuert werden, wo sie erzielt werden; Insbesondere durch das Einführen „virtueller Betriebsstätten“.
- Die Gewinne aus digitalisierten Produkten (Werbung, Dienstleistungen, Handel) effektiv und mindestens genauso hoch zu besteuern wie die Gewinne anderer Unternehmen.
- Auf nationaler Ebene soll die Steuervermeidung bis zu einer europäischen Lösung durch eine Quellensteuer auf Finanzflüsse in Steueroasen greifen.
- Transparenz von Konzernzahlen auf EU– Ebene einführen, damit nachvollzogen werden kann, wo Gewinne gemacht werden.

Her mit dem schönen Internet

Am Anfang war die Kritik und die Kritik war im Anfang. Wir glauben so wie es zurzeit ist, ist es nicht richtig. Der Einfluss von „Big Tech“ ist zu groß in unserer Gesellschaft. So groß, dass sie die informationelle Selbstbestimmung aufheben und dadurch zunehmend auch die Freiheit jedes*r Einzelnen einschränken. Wir müssen Wege für ein solidarisches, nicht kommerzielles und demokratisches Internet finden. Ein Internet, in dem viele Ideen gleichzeitig die Möglichkeit haben sich zu entwickeln und in denen nicht zu viele Abhängigkeiten entstehen. Wie das aussehen kann ist eine Mammutaufgabe für die politische Linke, aber eine zentrale, wenn wir die Frage „Wie wir leben wollen?“ beantworten.

Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass keine Institution/en einen monopolisieren Zugriff auf

Daten haben sollte, egal ob staatlich oder privat. Das Ziel sollte einerseits sein, dass der einzelne

Mensch ohne Verlust an Teilhabe über seine Daten verfügen kann. Andererseits das einzelne Firmen nicht so mächtig werden, dass sie nicht mehr reguliert werden können. Darüber hinaus sollten auch staatliche Institutionen keine umfassenden Daten über Menschen sammeln können, sodass eine umfassende Überwachung möglich wäre.

U Umwelt, Agrar und Verbraucherschutz

U Umwelt, Agrar und Verbraucherschutz

U-3	Jusos Bayern Landesvorstand	Gerechte Landwirtschaft. Sozial und ökologisch	43

U-3

Titel	Gerechte Landwirtschaft. Sozial und ökologisch
Antragsteller*innen	Jusos Bayern Landesvorstand
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landtagsfraktion, BayernSPD-Landesvorstand, BayernSPD-Landesparteitag, S&D-Fraktion im Europaparlament

Gerechte Landwirtschaft. Sozial und ökologisch

Präambel

Der primäre Sektor mit einem Anteil von heute nur rund 2% am BIP und insbesondere die Land- und Forstwirtschaft spielt seit Jahrzehnten im politischen und gesellschaftlichen Diskurs eine untergeordnete Rolle. Dabei hängen an diesem Sektor elementare Grundbedürfnisse wie etwa die Nahrungsmittelversorgung oder auch die Funktionsfähigkeit unserer Ökosysteme. Der voranschreitende Verlust der Biodiversität, Störungen im Wasserkreislauf, die Übernutzung und der Verlust von Böden, das drohende Waldsterben uvm. sind direkte Folgen des menschengemachten Klimawandels und der Art und Weise, wie diese natürlichen Ressourcen bewirtschaftet wurden und werden. Zudem zeigen sich gerade im Landwirtschaftsbereich weltweit die Folgen des auf Gewinnmaximierung ausgelegten Wirtschaftssystems: Akkumulation von Eigentum an Boden und Produktionskapazitäten in den Händen weniger, Missachtung und Dumping sozialer, ökologischer Standards und des Tierwohls sowie irreversible Schädigung der natürlichen Lebensgrundlagen. Und wie auch in vielen anderen Wirtschaftsbereichen, werden diese gerade auch globalen Ungleichheiten nicht reduziert, sondern etwa durch Freihandelsregime zementiert oder sogar verstärkt.

Es ist an der Zeit, diesen fatalen Trends eine moderne Politik entgegenzusetzen, die den Fokus auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit legt und globale sowie lokale Ungleichheiten abbaut. Von zentraler Bedeutung ist dafür, dass jegliche Form landwirtschaftlicher Produktion wieder in ein gesundes Verhältnis zu den dafür vor Ort erforderlichen Flächen gebracht wird. Das bedeutet eine Entflechtung und Dezentralisierung der Produktionsketten, was zugleich auch die Grundlage ist für ein deutlich höheres Maß an Verteilungsgerechtigkeit. Zudem können nur so die natürlichen Kreisläufe, Wasser- oder Nährstoffkreisläufe wieder geschlossen und weiterer Schaden von den Ökosystemen abgewendet werden. Seit Jahrzehnten zeigt sich weltweit ein Trend zum Verlust von Böden. Dieser Trend wird nicht aufzuhalten sein, wenn nicht auch nennenswerte Teile unserer Flächen der Verwertungslogik insgesamt entzogen werden, bis sie sich grundlegend regeneriert haben. Neben dem Schutz solcher Flächen, muss die kombinierte Nutzung Vorrang bekommen vor der einseitigen Nutzung. Das betrifft u.a. die Nahrungsmittelproduktion, Energiegewinnung und den Artenschutz. Vielmehr noch muss die Produktion von Nahrungsmitteln Vorrang bekommen vor der Produktion von Futtermitteln für Tiere.

Der Umgang mit den Flächen muss grundsätzlich auch die Auswirkungen auf den

Treibhausgashaushalt (THG-Haushalt) berücksichtigen und im Einklang mit der zur Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels erforderlichen THG-Emissionsminderung geschehen. THG-Quellen wie etwa die Methan-Emissionen der Fleisch- und Milchproduktion müssen massiv reduziert werden, während THG-Senken (Wälder, Moore, Böden) geschützt und ausgeweitet werden müssen. In diesem Sinne muss folglich, wo noch nicht geschehen, eine konsequente Quantifizierung des Treibhausgaspotenzials der jeweiligen Flächennutzung erfolgen. Darauf aufbauend müssen die Emissionen bepreist/besteuert werden.

Die Umsetzung all dieser Ziele erfordert Rahmenbedingungen, die das Verhältnis von Eigentum an Grund und Boden sowie Bewirtschaftung des Bodens grundlegend neu ordnet. Nicht mit dem Eigentum per se soll Geld verdient werden, sondern mit der gemeinwohlorientierten Bewirtschaftung desselben. Öffentliches Geld, wie etwa die europäischen Agrarsubventionen, sollen künftig nur noch für öffentliche Leistungen und im Sinne voranstehender Ziele gewährt werden. Handelsbeziehungen müssen fair sein, Ungleichheiten reduzieren, soziale, ökologische und Tierwohlstandards einhalten und verbessern und dürfen nicht weiter der ungebremsten Kapitalakkumulation dienen. Aus Ländern, in denen Hunger herrscht oder Wälder vernichtet werden, dürfen keine Agrarerzeugnisse mehr abgezogen werden. Nicht zuletzt und bis auf weiteres muss die Zuweisung der Klima- und Umweltschäden verursachergerecht erfolgen.

Boden, Eigentum und Agrarförderung

Die Verteilung von Land ist heute in der EU noch stärker aus dem Gleichgewicht geraten als die Verteilung von Vermögen. 2,7% aller Betriebe besitzen 50% der europäischen Fläche. 80% der Direktzahlungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) gehen an die größten 20% der Betriebe. Dies bedeutet eine Abschöpfung der EU-Gelder von Landeigentümer*innen. Besonders betroffen sind osteuropäische Länder durch zunehmendes „Land Grabbing“, d.h. den Erwerb von Landeigentum durch oftmals ausländische Privatinvestoren oder Konzerne als Kapitalanlage.

Gerade in Ostdeutschland und Osteuropa wurden in den 1990er Jahren die öffnenden Märkte des ehemaligen Ostblocks genutzt, um die Landwirtschaft neoliberal umzubauen, mit der Folge, dass sich enorme Monopole gebildet haben. In Tschechien beispielsweise liegt über die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den Händen von Betrieben mit über 1.000 Hektar. In Brandenburg kontrollieren die drei Konzerne, KTG, die Lindhorst-Gruppe und Odega allein schon 20% aller Flächen.

Was die Forstflächen in Deutschland angeht, sind d 48% Privatwald, 29% Staatswald der Länder, 3,5% Staatswald des Bundes und 19,4% Körperschaftswald. Hier ist eine Veränderung der Nutzung vonnöten, hin zu einer der ökologischen Herausforderungen entsprechend. Dabei müssen insbesondere die Staatswälder eine hervorgehobene Rolle spielen.

In Bayern sind 65% der Fläche unter Pacht. Zwischen 2008 und 2018 stiegen die Agrarlandpreise in Bayern um 156 Prozent. Nicht die flächenstärksten Betriebe, sondern bäuerliche Betriebe und insbesondere junge Menschen, die sich in der Landwirtschaft eine Existenz aufbauen wollen, müssen ein Vorkaufsrecht erhalten.

Kleinbäuerliche Betriebe weichen immer mehr wachsenden industrialisierten Agrarbetrieben. Die

Zahl der Bauernhöfe sank von knapp 400.000 Betrieben 1950 auf heute nur noch 110.000

Betriebe. Mit dem Sterben kleiner Betriebe werden verbleibende Betriebe immer größer. Mit der Betriebsgröße steigt auch die Tendenz zu größeren Schlägen (Agrarfläche). Negative Auswirkungen für die Artenvielfalt sind die Folge.

Zu der zunehmenden Verknappung auf immer größere Konzerne kommt es nicht, weil es an Instrumenten fehlen würden. Landkauf ab 1 Hektar ist bereits genehmigungspflichtig und die staatseigenen Flächen könnten überwiegend an kleine Betriebe verpachtet oder verkauft werden.

Leider zeigt sich, dass die Entwicklung entgegen anderweitiger Beteuerung politisch gewollt ist.

Die CSU gibt vor, die familiären Betriebe im Blick zu haben (Ilse Aigner als Landwirtschaftsministerin: „nicht die industrielle Landwirtschaft, sondern der bäuerliche Familienbetrieb“), fördert aber mit ihrer Politik klar die Monopolisierung der Landwirtschaft. Die Agrarlobby-Studie des NABU aus dem Jahr 2019 ist hier beispielhaft. So wird der Rechtsbegriff der „ungesunden Landverteilung“, welcher entscheidend für die Genehmigung von Landkauf ist, meist „wachstumsfördernd“ ausgelegt und somit dem expandierenden Unternehmen ein Allgemeininteresse angedichtet. Kleine Betriebe, gerade im Nebenerwerb haben dabei das Nachsehen.

Es braucht nicht weniger als einen Paradigmenwechsel weg von der „Wachsen oder sterben“-Philosophie des bayerischen Bauernverbands. Kleinstbetriebe müssen im Zentrum der Lebensmittelproduktion stehen. Zu diesem Ideal hin zu kommen bedeutet aber auch, dass man Entwicklungen der letzten 20 Jahre rückgängig machen muss.

Auf EU-Ebene fordern wir:

- EU-Subventionen müssen angepasst werden, sodass Kleinstbetriebe, Nebenerwerb und Neugründungen überproportional profitieren. Schluss mit dem Gießkannenprinzip der Flächensubventionen.
- Auch Kleinstflächenbesitzer*innen (unter 1 ha) müssen Subventionen erhalten
- Rückabwicklung hin zur Eigentumsstreuung

Auf Bundesebene fordern wir:

- Gründung von gemeinnützigen, landeseigenen Siedlungsgesellschaften in allen Bundesländern. Dieses soll für längere Zeit Boden bevorraten und Land verpachten dürfen, um die bestehenden Agrarstrukturen zu sichern und durch eine breitere Streuung des Eigentums an Grund und Boden in den Händen von Landwirten zu verbessern. Dabei wollen wir langfristig für die Abschaffung von Eigentum auf Grund und Boden einsetzen, denn diese sind Allgemeingut. Für uns vorstellbar sind Nutzungsüberlassungen in Form von Erbpacht und genossenschaftliche Modelle
- Förderung von kleinen und mittleren Betrieben durch die Bodenverwertungs- und Verwaltungs-
- GmbH (BVVG) und anderer staatlicher Flächenverwaltungsgesellschaften, insbesondere von Nebenerwerb und Neugründungen
- Konsequente Anwendung der rechtlichen Mittel gegen das Entstehen und Anwachsen der Agrarkonglomerate

Auf Landesebene (Bayern) fordern wir:

- Jährlich Erstellung und Veröffentlichung eines repräsentativen Pachtpreisspiegel
- Grundsätzliche Untersagung von Agrarlandverkauf an Nichtlandwirte sowie Gesellschaften, die von nicht-landwirtschaftlichem Kapital dominiert werden
- Ermächtigung der Bayrischen Siedlungsgesellschaften „auf Vorrat“ im Zweifel mit Vorkaufsrecht kaufen zu können
- Vorkaufsrecht für bäuerliche Existenzgründungen, auch wenn sie nur bis 120% des Verkehrswertes mitbieten können

Arbeitsbedingungen

In der EU arbeiten mehr als 22 Mio. Menschen in der Landwirtschaft. Es ändert sich die Art der

Arbeitsplätze von Selbstständigkeit und Familienarbeit hin zu abhängiger Lohnarbeit. Immer mehr Arbeitsplätze in der Landwirtschaft gehen verloren. Die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft schrumpfte von 1,3 Millionen 1950 über eine halbe Million 1980 auf nur noch 152 000 im Jahr 2012. Seit 1950 wurden in Bayern also über 1,2 Mio. Arbeitsplätze in der Landwirtschaft abgebaut.

Ursache für viele Probleme ist der Kostendruck, der durch Billigproduktion für den Weltmarkt entsteht. Davon profitieren aber ausschließlich die industriellen Agrar-, Verarbeitungs-, und Handelskonzerne, während die Umweltschäden von uns allen jetzt und in der Zukunft bezahlt werden. Insbesondere auch in der Forstwirtschaft ist eine Abkehr von einem ökologisch sinnvollen Waldkonzept hin zur reinen Nutzwaldlogik weit vorangeschritten. Erwartungsgemäß sind es auch hier nicht die (Forst)-Arbeiter*innen, welche von dieser vermeintlich höheren Wirtschaftlichkeit profitieren.

Die Zahlungen pro Hektar statt pro Arbeitskraft fördern die Vergrößerung der Agrarunternehmen und treiben die Bodenpreise in die Ho he, statt Arbeitsplätze zu schaffen. Denn je größer der Landbesitz, desto weniger Arbeitskräfte sind im Allgemeinen pro Hektar beschäftigt.

Mindestlohn in der Landwirtschaft

Der gesetzliche Mindestlohn gilt mittlerweile auch in der Landwirtschaft. Jedoch wird dieser durch Sonderregelungen für Saisonarbeiter*innen oft umgangen. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass von den familienfremden Arbeitskräften fast 60% Saisonarbeitskräften sind.

Saisonarbeit

Eine besondere Problem für Saisonarbeitnehmer*innen sind die Vermittlungsagenturen, welche häufig horrende Summen für die Vermittlung, sowie für die Unterkunft verlangen. Durch die Nichtaushändigung können sie häufig nicht nachvollziehen, wie viel Geld sie wirklich verdienen.

Oft erfahren sie erst nach der Rückkehr, dass sie teilweise nur 2€ Stundenlohn bekommen haben. Diese Form der Ausbeutung muss dringend unterbunden werden. Es braucht gerechte Arbeitsbedingungen für alle, unabhängig ihrer Nationalität.

Gender

Mit 35,1% sind in der Landwirtschaft weniger Frauen tätig als in der Gesamtwirtschaft, wo sie 45,9% der Erwerbsbevölkerung ausmachen. Die meisten Frauen haben entweder eine abgeschlossene Berufsausbildung oder ein Studium absolviert. Sie haben im Bereich Bildung also die gleichen Chancen wie ihre männlichen Kollegen. Mit 10% an Frauen in Führungspositionen im Agrarbereich liegt Deutschland aber weit hinter dem EU-Durchschnitt von 28%.

Frauen in der Landwirtschaft sind oft durch mehr Arbeit belastet, da sie sich zusätzlich zu der

Arbeit auf dem Hof noch um den Haushalt und die Kinder kümmern. Sie arbeiten als sogenannte Familienarbeitskräfte. Wenn sie nicht angestellt sind, dann können sie auch nicht in die Rentenkasse einzahlen und haben Probleme mit der Sozialversicherung.

Rund 40% der Frauen in der Landwirtschaft haben keinen Arbeitsvertrag. Außerdem gehört in den meisten Fällen der Boden nicht den Frauen, sondern den Männern.

Auch bei der Suche nach einem Ausbildungsbetrieb haben Frauen immer noch mit Vorurteilen zu kämpfen und werden teilweise abgewiesen, weil ihnen die harte körperliche Arbeit und der Umgang mit den landwirtschaftlichen Maschinen nicht zugetraut wird.

Arbeitsschutz

Der Schutz der Arbeiter*innen muss immer an höchster Stelle stehen. Das gilt grundsätzlich bei allen Arbeiten, egal ob Landwirtschaft oder auch Forstarbeit. Der Bodenschutz darf nicht auf Kosten der Arbeiter*innen gehen. Für manuelle Arbeiten braucht es einen hohen technischen Standard, ggf. mit Assistenzsystemen. Ist dies gewährleistet, geht der Schutz von Mensch und Natur Hand in Hand

Wir fordern:

- Es muss sichergestellt sein, dass Arbeit in Familienbetrieben ausgeglichen ist. Hierzu erscheint eine gesonderte Beratungsstelle für Frauen in der Landwirtschaft sinnvoll
- Lohndumping muss entschlossen entgegengetreten werden. Dazu braucht es u.a. mehr Stellen bei den Kontrollbehörden, dem Verbot der Praxis der Vermittlungsagenturen und die Unterkunftsabzüge müssen abgeschafft werden
- Wer am Hof Arbeit verrichtet muss auch angemeldet sein und das sozialversicherungspflichtig. Familienarbeit darf nicht kostenlos sein. Insbesondere im Alter profitieren Frauen dann von einer höheren, angemesseneren Renten
- Hohe technische Standards müssen gewährleistet werden. Auch hier sind u.a. mehr Stellen bei Kontrollbehörden nötig

Internationaler Handel mit Lebensmittel und anderen Agrarprodukten

Landwirtschaftliche Erzeugnisse sind regelmäßig Gegenstand von (Frei-)Handelsabkommen (z.B. Mercosur) und gerade hier zeigen sich die Spannungsfelder zwischen wirtschaftlichen Interessen einerseits und der Einhaltung und Ausweitung sozialer und ökologischer Standards andererseits. Durch das Zusammenschalten von

Märkten in einem Sektor, der zwangsläufig direkt auf Grund und Boden und den natürlichen Ressourcen aufbaut, wurden strukturelle Probleme bisher eher verstärkt als beseitigt. Viele sich entwickelnde Länder hängen stark von ihrer landwirtschaftlichen Produktion ab und partizipieren dennoch nur von einem kleinen Teil der landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten. Bäuerliche Arbeit, die Grundlage jeglicher landwirtschaftlichen Produktion ist, ist immobil und gerät im Kontext immer stärkerer Akkumulation von Ressourcen und Produktionskapazitäten zunehmend unter enormen wirtschaftlichen Druck mit direkten Konsequenzen auf die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards.

Die grundlegende Prämisse, dass landwirtschaftliche Produktion jeglicher Art in gesundem Verhältnis zu der dafür vor Ort eingesetzten Fläche stehen sollte, muss daher unbedingt auch für Handelsabkommen im Landwirtschaftsbereich gelten. Eine strenge Einhaltung dieses Grundsatzes führt nicht nur zu einer Dezentralisierung der Wertschöpfung und damit zu einer gerechteren Verteilung, sondern ist die Grundvoraussetzung dafür, dass die Produktion unter hohen sozialen Standards und im Einklang mit den begrenzten natürlichen Ressourcen erfolgen kann.

Um diesen Zustand zu erreichen, muss ein Konditionalitätsprinzip Einzug in jegliche Verhandlungen und Abkommen über internationalen Handel landwirtschaftlicher Erzeugnisse finden: Handelserleichterungen sind erst zu verantworten, wenn soziale, ökologische und Tierwohlstandards eingehalten werden. Dazu gehören im Einzelnen die Einhaltung der ILO- Kernarbeitsnormen, die Einführung und Einhaltung eines lokalen Mindestlohnes und die Gewährleistung hoher ökologischer Standards. Zugleich muss klar sein, dass in der EU nicht zugelassene Stoffe (etwa Pestizide, Düngemittel usw.) auch nicht zur Produktion für zum Export in die EU bestimmte Produkte andernorts eingesetzt werden dürfen. Natürlich kann das Konditionalitätsprinzip dazu führen, dass die gehandelten Mengen deutlich zurückgehen, das ist in diesem Zusammenhang jedoch sogar gewünscht. Es dient nämlich einer suffizienteren Landwirtschaft vor Ort und wird dazu führen, dass abgewanderte Wertschöpfung zurückkehren und mehreren Menschen zugutekommen kann. Soweit keine unmittelbaren existenziellen Nebeneffekte für ausländische Produzent*innen resultieren, ist im Ansatz protektionistische Handelspolitik vertretbar. Handel muss fair sein und wo das nicht gewährleistet ist, ist es gerechtfertigt, den Handel zwischenzeitlich einzuschränken.

Konkret fordern wir im Bezug auf die europäische Handelspolitik im Landwirtschaftsbereich:

- Fairhandel statt Freihandel (jegliche Maßnahmen und Abkommen müssen zu einer gerechteren Verteilung der Wertschöpfung führen sowie zu einer Verbesserung der sozialen, ökologischen und Tierwohlstandards)
- Prämisse jeder Handelsvereinbarung muss sein, dass landwirtschaftliche Produktion nach und nach wieder in ein gesundes Verhältnis zu der vor Ort verfügbaren Fläche gebracht wird. Nur so kann ein nachhaltiger Wasser- und Nährstoffkreislauf wiederhergestellt werden
- Handelserleichterungen sind erst zu rechtfertigen, wenn soziale, ökologische und Tierwohlstandards eingehalten werden (Konditionalitätsprinzip)
- Die Einhaltung dieser Standards sollte durch internationale öffentliche und/oder nicht gewinnorientierte (d.h. gemeinnützige) Zertifizierung erfolgen. Diese Zertifizierung ist partnerschaftlich mit den Handelspartnern zu ermöglichen
- Aus der EU exportierte Produkte dürfen den Absatz lokal produzierter Güter nicht gefährden und ausländische Märkte überschwemmen
- CO2 -Bepreisung von Holz: stoffliche gegenüber der energetischen Nutzung fördern; zum Beispiel durch ein fünfjähriges Kontrollsystem zur Verwertung des Holzes

Wir fordern die Einhaltung dieser Mindeststandards:

Soziale Standards:

- Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen und Einhaltung des lokalen Mindestlohns vor Ort
- Zuallererst muss die Nachfrage vor Ort gedeckt werden, keine Importe aus Ländern, wo Hunger herrscht (Nahrungsmittelproduktion vor Tierfutterproduktion und Energiepflanzen)

Ökologische Standards:

- Kopplung Produktionsmengen an regional verfügbare Flächen (insbesondere bei der Milch und Fleischproduktion)
- Abkehr von Monokulturen
- In der EU nicht zugelassene Stoffe dürfen auch nicht für importierte Produkte eingesetzt werden
- Ressourcen vor Ort (Nährstoffe und Wasser) dürfen nur insoweit genutzt werden, wie sie sich natürlich nachbilden können (Kreislaufwirtschaft)
- Keine Importe aus Ländern, wo zur Produktion der Güter Wald vernichtet wird

Tierwohlstandards:

- Ausschluss von pauschalen Antibiotika
- Strengere Flächenvorgaben für die Tierhaltung
- Verweis: Grundsatzpapier zu progressivem Tierschutz

W Wirtschafts- und Finanzpolitik

W Wirtschafts- und Finanzpolitik

W-4	Jusos Schwaben	Glücksspielsimulierende Handyspiele für Kinder und Jugendliche beschränken	50

W-4

Titel	Glücksspielsimulierende Handyspiele für Kinder und Jugendliche beschränken
Antragsteller*innen	Jusos Schwaben
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag

Glücksspielsimulierende Handyspiele für Kinder und Jugendliche beschränken

Der Trend, dass Anbieter*innen von Spielen für Mobilgeräte diese mit sogenannten Mikrotransaktionen monetarisieren, ist nicht neu. Äußerst perfide ist jedoch die Vorgehensweise, dass Spielfortschritt nur durch Spielgeld gelingt, welches wiederum durch eine Glücksspielkomponente generiert wird. Für dieses Glücksspiel steht eine stark begrenze Anzahl an Spielzügen jeden Tag oder alle paar Stunden kostenlos zur Verfügung. Möchten die Spieler*innen weiterspielen, so ist Echtgeld in Spielzüge zu investieren. Diese Kleinbeträge werden auch Mikrotransaktionen genannt. Das Wort Glücksspielkomponente ist dabei nicht nur eine Beschreibung des zugrunde liegenden Mechanismus, in manchen dieser Spiele ist tatsächlich an einem digitalen einarmigen Banditen zu ziehen!

Die Problematik äußert sich unter anderem in folgenden Punkten:

1. Die langen Wartezeiten, um neue Spielzüge zu erhalten, verleiten Spieler*innen dazu, Spielzüge mit Echtgeld zu erwerben. Hierfür sind Kinder und Jugendliche besonders anfällig.
2. Durch die Umwandlung von Echtgeld in virtuelles Spielgeld geht das Gefühl für Geld verloren. So können durch einstellige Eurobeträge bereits drei- oder vierstellige Spielgeldbeträge erworben werden. Es wird das Gefühl vermittelt, ein Schnäppchen zu machen, um immer wieder zu neuen Mikrotransaktionen zu verleiten.
3. Die Spiele verharmlosen die erhebliche Suchtgefahr von Glücksspielen. Die absurd hohen Gewinnchancen, beispielsweise dass der schlechteste Fall der entstehen kann, lediglich ein kleiner Gewinn ist, suggerieren, dass Glückspiel keine reelle Gefahr birgt. Eine neue Generation von Glücksspielsüchtigen soll herangezogen werden.

Wir fordern deshalb, dass Spiele mit Warnhinweisen zu versehen sind, sowie durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien zu prüfen und gegebenenfalls mit Altersbeschränkungen zu versehen sind, wenn sie eines oder mehrere der folgenden Kriterien erfüllen, sowie Mikrotransaktionen beinhalten:

Das Spiel beinhaltet eine glücksspielsimulierende Komponente

1. Das Spiel beinhaltet eine glücksspielsimulierende Komponente
2. Das Spiel ähnelt in der Optik und/oder Spielweise einem Glücksspiel

Mit Geld zu bezahlende Komponenten des Spieles unterliegen einer unbekannten Zufallswahrscheinlichkeit

INIInitiativanträge

INI Initiativanträge

INI-1 Jusos Oberbayern Jusos in die Parlamente – was das für uns bedeutet 52

INI-1

Titel	Jusos in die Parlamente – was das für uns bedeutet
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz

Jusos in die Parlamente – was das für uns bedeutet

Vor vier Jahren haben wir nach der Bundestagswahl einen inhaltlichen, personellen und strukturellen Erneuerungsprozess der SPD eingefordert.

Mit den vielen jungen Kandidierenden für die Bundestagswahl ist ein Schritt in Richtung personeller Erneuerung getan, auch wenn wir kritisch beobachten, dass nur wenige der jungen Kandidierenden mit guten Listenplätzen ausgestattet sind. Es ist wichtig, sich genau jetzt zu überlegen, was es für uns als Jugendverband bedeutet, wenn von uns unterstützte Kandidierende Teil der Bundestagsfraktion werden. Uns ist bewusst, dass wir Teil einer reformistischen Partei sind und das viele Mitglieder unserer Mutterpartei den Weg zum demokratischen Sozialismus zum Ziel gemacht haben. Deshalb stellt sich für uns die Frage, wie es gelingen kann, am Ziel festzuhalten und Einfluss auf den öffentlichen und parteiinternen Diskurs zu nehmen.

Grundsätzlich halten wir fest: Wir können unsere politischen Ziele nur als Teil einer progressiven Koalition voran bringen. Die Unterstützung einer großen Koalition ist daher eine rote Linie, die unsere Juso-Mandatsträger*innen nicht überschreiten dürfen.

Unsere Anforderungen an die Zusammenarbeit zwischen Juso-Mandatsträger*innen und dem Jugendverband:

1. Die Verantwortung für eine gute Zusammenarbeit zwischen Jusos und Juso-

Mandatsträger*innen liegt auf beiden Seiten, deshalb braucht es regelmäßige Termine zur Abstimmung und zur strategischen Planung. Themen müssen aktiv gesetzt und verfolgt werden.

Juso-Mandatsträger*innen haben den Auftrag, aktuelle Themen und Beschlüsse der Jusos in die Fraktion zu tragen, dort die Debatte zu prägen und linke Mehrheiten zu organisieren.

Juso-Mandatsträger*innen sollen sich weiterhin an Debatten bei den Jusos beteiligen, um einer Entkoppelung und Entfremdung entgegenzuwirken.

Uns ist völlig klar, dass für Mitglieder einer Regierungsfraktion nicht die Beschlusslage des Verbands bindend ist, sondern der Koalitionsvertrag.

Solange die Arbeit in Parlamenten durch Fraktionen organisiert ist, ist auch ein Fraktionszwang Teil der politischen Realität. Wir wissen, dass auch unsere Juso-Mandatsträger*innen von der SPD aufgestellt und damit auch Teil der SPD-Fraktion sind. Deshalb ist es umso wichtiger, dass Themen frühzeitig aufbereitet und für Mehrheiten in der Fraktion gekämpft wird. Verlieren die Juso-Mandatsträger*innen Abstimmungen innerhalb der Fraktion, erwarten wir, dass sie zumindest in Sachen, die gegen unser Grundverständnis als Jusos gehen (z.B GeordneteRückkehr Gesetz (Antifaschismus) oder 219a (Feminismus)) auch gegen die Fraktionslinie Uns ist bewusst, dass dies nicht einfach ist, aber JusoMandatsträger*innen ausmacht.

Als Jusos verstehen wir uns im Sinne der Doppelstrategie als Transmissionsriemen zwischen

sozialen Bewegungen und dem Parlament. Deshalb erwarten wir von unseren Mandatsträger*innen:

1. Den regelmäßigen Austausch mit unseren natürlichen Bündnispartner*innen wie beispielsweise den Gewerkschaften.

2. Die Auseinandersetzung mit sozialen Bewegungen, das Aufgreifen ihrer Themen und der Einbringung in den öffentlichen Diskurs.

Unsere Anforderungen an Strukturarbeit

1. Ein Mandat bringt Ressourcen mit sich. Uns ist völlig klar, dass die Mittel nicht zur illegalen

Parteienfinanzierung verwendet werden dürfen. Jedoch kann durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten, Mandatsträgerabgaben an die Jusos sowie die Möglichkeit, junge Genoss*innen mit Praktika zu fördern und zu unterstützen, die Jugendverbandsarbeit erleichtert werden.

Wir wollen selbst besser machen, was wir bei der SPD kritisieren. Juso-Mandatsträger*innen haben die Aufgabe, sich aktiv um die Förderung und Unterstützung junger Genoss*innen zu bemühen.